

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das 18. Sanktionspaket der EU gegen Russland lässt weiter auf sich warten: Am gestrigen Donnerstag (27. Juni) wurde in Brüssel beim EU-Gipfel keine Einigung erzielt. Ungarn und die Slowakei stimmten zwar einer Verlängerung der bestehenden 17. Sanktionspakete um ein weiteres halbes Jahr zu, blockierten aber das neue Paket. Mit der Blockade wollen sie für sich Zugeständnisse bei dem Vorhaben der EU-Kommission erreichen, bis Ende 2026 komplett aus dem Bezug russischer Energierohstoffe auszusteigen.

Unklar ist zudem, was aus der lange angekündigten Absenkung des Ölpreis-Deckels für russische Exporte von 60 auf unter 50 US-Dollar pro Barrel wird. Die EU ist hier auf eine Verständigung mit den USA angewiesen. US-Präsident Donald Trump lehnt aber trotz fortwährender massiver Luftangriffe Russlands auf die Ukraine eine Ausweitung der Russlandsanktionen offenbar weiterhin ab.

Zu den Entwicklungen, die wir in diesem Update aufbereitet haben, gehört auch die Einführung neuer Zölle auf russische Agrargüter und Düngemittel, die ab dem 1. Juli 2025 nun schrittweise steigen werden. Bemerkenswert sind zudem umfassende Sanktionen Kanadas gegen Russland sowie die Anstrengungen des Europarats, ein Sondertribunal für die Verfolgung russischer Kriegsverbrechen zu etablieren.

Für Unternehmen aus dem Medizintechnik/Pharma-Sektor, die Fragen zu Russland-Sanktionen haben, organisiert der Ost-Ausschuss zusammen mit Spectaris am 11. Juli ein Fachtreffen mit dem Bundeswirtschaftsministerium. Bei Interesse melden Sie sich gerne! Am 1. Juli ist der EU-Sonderbeauftragte für Sanktionen David O`Sullivan zu Gast im Ost-Ausschuss zu einem Austausch mit Wirtschaftsverbänden. Informationen dazu können Sie dann dem nächsten Update entnehmen. Wir wünschen Ihnen eine erholsame Sommerzeit!

Ihre Redaktion

**OA-Update 2025/06
Stand: 27. Juni**

Inhalt

[1. Ost-Ausschuss](#)

[2. Deutschland](#)

[3. Europäische Union](#)

[4. Russland](#)

[5. USA](#)

[6. Weitere Länder](#)

[7. Blick über den Tellerrand](#)

[8. Termine](#)

[9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Jahresempfang des Ost-Ausschusses

Rund 250 Gäste aus Politik, Wirtschaft, Diplomatie und Verbänden kamen am 11. Juni zur Jahresveranstaltung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft in Berlin zusammen. Gastredner im historischen Ballsaal des Hotels de Rome waren der Staatsminister im Auswärtigen Amt Florian Hahn und der neue Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) Thomas Steffen, der erst wenige Stunden zuvor berufen worden war. Am traditionellen Jahresempfang der ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft nahmen außerdem der kasachische Bau- und Industrieminister Yersayin Nagaspayew und Vertreterinnen und Vertreter von über 20 Botschaften teil. Deutlich wurde in allen Redebeiträgen: Die außenwirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie Zentralasiens ist für Deutschland von strategischer Bedeutung – gerade in Zeiten globaler Umbrüche.

Vollständiger Bericht:

[Außenwirtschaft unterm Erdbeermond | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Video-Beitrag:

[Jahresempfang 2025 des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft – Berlin](#)

Online-Meeting des Informationskreises Russland im Ost-Ausschuss

In der jüngsten Sitzung des Informationskreises Russland für Ost-Ausschuss-Mitglieder am 13. Juni standen die innenpolitische Lage, der internationale Ölhandel und rechtliche Rahmenbedingungen für Unternehmen im Fokus. Ein in Moskau akkreditierter Journalist berichtete, dass der Krieg gegen die Ukraine in Russland weitgehend aus dem Alltag verdrängt wird – Veranstaltungen und Konsum lenken ab. Trotz spürbarer Inflation und wirtschaftlicher Belastungen bleibt die öffentliche Kritik gering. Strategisch setzt die russische Führung auf einen möglichen Kurswechsel der USA, um den Krieg fortzuführen. Unterdessen verändert sich die globale Dynamik im Ölhandel: Die Nachfrage verlagert sich zunehmend in Schwellenländer. Russland bleibt trotz Sanktionen ein bedeutender Akteur – mit einer großen Schattenflotte und neuen Handelsstrukturen. Die Preisdeckelung zeigt langfristig wenig Wirkung. Die Einnahmen aus Energieexporten sind aber gesunken, vor allem im Gasbereich. Ein neues Gesetz zur Rückkehr ausländischer Unternehmen nach Russland wurde in erster Lesung verabschiedet. Es betrifft nur Rückkehrer, nicht Neuinvestitionen, die einer Genehmigungspflicht für Firmen aus „unfreundlichen Staaten“ unterliegen. Die Kriterien sind aber vage und könnten willkürlich ausgelegt werden.

Kontakt:

Ekaterina Radaikina

Koordinatorin

E.Radaikina@oa-ev.de

Osthandel entwickelt sich stabil

Polen bleibt die stärkste Säule des deutschen Osthandels: Zwischen Januar und April 2025 stiegen die deutschen Lieferungen in das östliche Nachbarland gegenüber dem Vorjahr um 1,3 Milliarden Euro (+ vier Prozent) – der mit Abstand größte absolute Zugewinn unter den 29 Ländern des Ost-Ausschusses. Die Ausfuhren in die Ukraine, die auch militärische Güter umfassen, legten ebenfalls kräftig um fast 900 Millionen Euro (+40,5 Prozent) zu. Spürbare Einbrüche gab es dagegen bei den Ausfuhren nach Ungarn, Belarus und Russland. Insgesamt waren die deutschen Exporte nach Mittel- und Osteuropa sowie Zentralasien geringfügig höher als im gleichen Vorjahreszeitraum (+0,7 Prozent). Die deutschen Einfuhren aus der Region stagnierten nahezu (-0,3 Prozent). Erheblichen Importrückgängen aus Rumänien, Ungarn, Kasachstan und Russland stand ein starker Anstieg der Einfuhren aus Polen gegenüber. Polen ist damit auch beim Import die klare Nummer eins unter den Ost-Ausschuss-Ländern.

Aktuelle Statistik:

[Statistiken | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

2. Deutschland

Deutschland importiert über 90 Prozent weniger Waren aus Russland

Deutschland hat im vergangenen Jahr 94,6 Prozent weniger Waren aus der Russischen Föderation importiert als 2021, dem Jahr vor Beginn des Kriegs in der Ukraine. 2024 wurden nur noch Waren im Wert von 1,8 Milliarden Euro aus Russland importiert, wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt. Vor den bisher 17 Sanktionspaketen der EU gegen Russland beliefen sich die Importe von dort im Jahr 2021 noch auf 33,1 Milliarden Euro. Auch die Exporte nach Russland sind deutlich gesunken: Mit -71,6 Prozent fiel der Rückgang im selben Zeitraum etwas weniger stark aus als bei den Importen. Deutschland exportierte 2024 Waren im Wert von 7,6 Milliarden Euro nach Russland, 2021 waren es noch 26,6 Milliarden Euro.

Der Anteil Russlands an den gesamten Importen nach Deutschland gab 2024 auf gut 0,1 Prozent nach. 2021 lag er noch bei 2,8 Prozent. Zugleich hatte Russland im vergangenen Jahr noch einen Anteil von 0,5 Prozent an allen Warenausfuhren aus Deutschland, nach 1,9 Prozent im Jahr 2021. Damit rutschte Russland 2024 aus deutscher Sicht auf Rang 59 der wichtigsten Lieferländer bei den Importen ab, nach Rang 12 im Jahr 2021. Bei den Exporten lag Russland im vergangenen Jahr auf Rang 36, im Jahr 2021 war es Rang 15.

Im vergangenen Jahr bezog Deutschland aus Russland vor allem Metalle sowie chemische Erzeugnisse, Nahrungs- und Futtermittel. Umgekehrt lieferte Deutschland vor allem pharmazeutische und chemische Erzeugnisse sowie Maschinen.

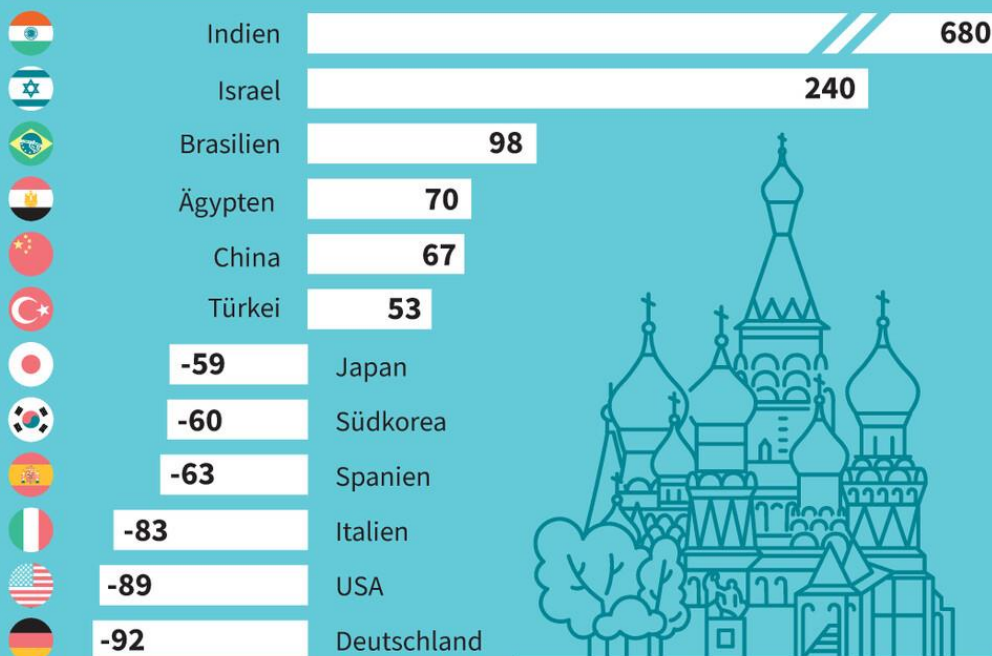
Auch die EU insgesamt hat ihren Handel mit Russland deutlich reduziert. Die Einfuhren gingen von gut 163,6 Milliarden Euro im Jahr 2021 auf 36 Milliarden Euro im vergangenen Jahr zurück. Bei den Exporten aus der EU nach Russland belief sich das Minus binnen drei Jahren auf 64,6 Prozent. 2024 exportierte die EU Waren für knapp 31,6 Milliarden Euro nach Russland.

Deutlich gestiegen ist hingegen prozentual der Handel Russlands mit Indien, Israel, Ägypten, Brasilien, der Türkei und China (siehe Grafik des IWD). Laut Bloomberg erreichte allein das Handelsvolumen zwischen Russland und China im Jahr 2024 rund 245 Milliarden Dollar. Davon entfielen 129 Milliarden US-Dollar auf russische Exporte, insbesondere Kupferkonzentrat, Erdgas und Kernbrennstoffe. Oleg Kusmin, Chefökonom bei der Investitionsbank Renaissance Capital, sagt: „Auf China entfällt heute fast die Hälfte der russischen Importe und mehr als ein Drittel der Exporte. Und mehr als 15 Prozent der Ausfuhren entfallen auf Indien.“

Vor dem Ukraine-Krieg war die EU der wichtigste Handelspartner Moskaus. Inflationsbereinigt baute Russland den Warenhandel mit seinen wichtigsten 20 Partnern von 2021 bis 2024 sogar um 18 Prozent aus, schreibt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Analyse. Besonders gefragt seien weiterhin russisches Gas, Öl und andere Rohstoffe. Um Sanktionen wirksamer zu machen, empfiehlt das IW die Absenkung des Ölpreisdeckels auf 30 Dollar pro Barrel sowie eine konsequentere Verfolgung der russischen Schattenflotte. Zudem solle die EU den Warenumsatz auf See, sogenannte STS-Transfers, in ihren Gewässern für russische Schiffe komplett verbieten.

Russland: Deutlich mehr Handel mit Indien

Um so viel Prozent ist der reale Importwert dieser Länder aus Russland von 2021 bis 2024 gestiegen beziehungsweise gesunken



Länderauswahl aus den 20 größten Importeuren russischer Waren

Quellen: Chinese Customs Statistics, UN Comtrade, World Bank Commodity Index, Institut der deutschen Wirtschaft

© 2025 IW Medien / iwd

iwd

[Außenhandel: Russland-Handel verliert für Deutschland massiv an Bedeutung](#)

[Russlands Finanzströme: Vershoben, aber nicht versiegt - iwd.de](#)

Bundestagsanträge der Grünen zu Nord Stream und russische Zentralbankgelder

Mit 443 Gegenstimmen hat der Bundestag am 25. Juni 2025 einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt, in dem die Fraktion gefordert hatte, eine Rückkehr zur Energieversorgung durch Nord-Stream-Pipelines aus Russland auszuschließen ([21/224](#)). 85 Abgeordnete stimmten namentlich für die Initiative, 55 enthielten sich. Zur Abstimmung hatte der Ausschuss für Wirtschaft und Energie eine Beschlussvorlage ([21/468](#)) abgegeben, heißt es auf der Internetseite des Deutschen Bundestags.

Konkret forderten die Parlamentarier in ihrem abgelehnten Antrag, das Gaspipeline-Projekt Nord-Stream 2 dauerhaft zu beenden und dauerhaft kein Gas mehr aus Russland zu importieren. Stattdessen sollte die Bundesregierung die Außen- und Sicherheitspolitik in Abstimmung mit ihren europäischen Partnern dahingehend ausrichten, dass die „Energieabhängigkeit von Autokratien weltweit weiter reduziert wird“. Die

Sanktionspolitik gegenüber Russland sollte auf europäischer Ebene „stringent“ fortgeführt und „konsequent“ weiterentwickelt werden.

Außerdem sollte die Regierung eine „Gasunabhängigkeitsstrategie“ vorlegen, in der die Auswirkungen auf Klima, Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft und Industrie berücksichtigt werden und in der mit den gasimportierenden Unternehmen „klare Regeln zur Diversifizierung vereinbart“ werden. Anstatt neue Gaskraftwerke zu bauen, wie von Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche (CDU) angedacht, sollte die Koalition aus Union und SPD die Elektrifizierung weiter durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien voranbringen, Energieeffizienz stärken und da, wo eine Elektrifizierung nicht möglich ist, „entschlossen auf grünen Wasserstoff setzen“.

Darüber hinaus haben die Abgeordneten einen Antrag der Grünen mit dem Titel „Eingefrorene russische Staatsvermögen der Ukraine vollumfänglich zur Verfügung stellen“ ([21/572](#)) beraten und an den federführenden Finanzausschuss überwiesen. In dem Antrag heißt es, die Bundesregierung solle sich innerhalb der G7-Staaten dafür einsetzen, „die eingefrorenen russischen Staatsvermögen völkerrechtskonform vollumfänglich der Ukraine zur Verfügung zu stellen“. Die vollumfängliche Nutzung der eingefrorenen russischen Staatsvermögen stelle eine geeignete Maßnahme zur Wiederherstellung des Friedens in der Ukraine dar, die politisch und moralisch geboten sei, schreibt die Fraktion zur Begründung. Angesichts der finanziellen Reserven, die Russland im Ausland halte, bestehe ein erhebliches Potenzial, den Kriegsverlauf zu Ungunsten Russlands zu beeinflussen und dadurch den Krieg zu verkürzen oder sogar zu beenden.

Mit mehr als 260 Milliarden Euro an eingefrorenen russischen Zentralbankvermögen könnte Russlands militärische Durchhaltefähigkeit nach Auffassung der Fraktion massiv eingeschränkt und ein Friedensprozess beschleunigt werden. Darüber hinaus setze die entschlossene Nutzung dieser Vermögen ein klares Signal der Abschreckung gegen zukünftige Angriffskriege. (ste/nki/bal/25.06.2025).

[Deutscher Bundestag - Grünen-Antrag gegen weitere Nutzung von Nord-Stream-Pipelines abgelehnt](#)

Politico wirft Unternehmen Kontron Sanktionsumgehung vor

Laut einem Bericht von Politico soll das unter anderem in Augsburg ansässige Technologieunternehmen Kontron bis Ende 2023 über sein slowenisches Tochterunternehmen sanktionierte Technologie an ein weiteres Tochterunternehmen in Russland geliefert haben. Es geht um sensible Telekommunikationstechnologie im Wert von über 3,5 Millionen Euro.

Zwischen Juli und November 2023 – Monate nach Inkrafttreten der Sanktionen vom Juni – sollen elf Lieferungen von der slowenischen Tochtergesellschaft Kontron d.o.o. an die russische Tochtergesellschaft Iskra Technologies gegangen sein. Zu den exportierten

Technologien gehörte laut Politico ein Produkt mit doppeltem Verwendungszweck, das den Kommunikationsverkehr überwachen und abfangen kann, bekannt als SI3000.

Das Unternehmen erklärte, dass es sich bei den Lieferungen, die Hightech- und Dual-Use-Güter umfassten, die nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine gemäß den EU-Sanktionen verboten waren, um bestehende Aufträge handelte, die aufgrund von Ausfuhrgenehmigungen der slowenischen Regierung zulässig waren. Es gab an, alle neuen Lieferungen ab Juni 2023 eingestellt zu haben.

„Nach der Umsetzung des elften Sanktionspakets (23. Juni) haben wir den Export neuer Güter eingestellt und nur noch bereits genehmigte Exporte in Übereinstimmung mit den geltenden EU-Sanktionen und den erteilten Ausfuhrgenehmigungen geliefert“, heißt es in einer Erklärung des Unternehmens.

Die EU-Sanktionen gegen Dual-Use-Technologien gelten für alle neuen und laufenden Verträge – auch wenn diese vor Inkrafttreten der Sanktionen unterzeichnet wurden. Allerdings gibt es einige Ausnahmen für Cyber-, Notfall- und Medizintechnik, bei denen die Unternehmen die Genehmigung des EU-Mitgliedstaats einholen müssen, in dem sie ihren Sitz haben, um diese Aufträge ausführen zu können, schreibt Politico. Weder die Europäische Kommission noch die Bundeszentralamt für Zoll und Steuern haben angedeutet, dass eine Untersuchung gegen Kontron läuft oder eingeleitet werden soll.

Kontron verurteilte laut Politico in seinem Jahresbericht 2021 das „große menschliche Leid“, das durch den vollständigen Einmarsch Russlands in die Ukraine verursacht wurde, und erklärte, dass es „beschlossen hat, nicht mehr“ in dem Land zu investieren. Es versprach, im Jahr 2022 „unser Engagement [...] kontinuierlich, aber optimiert weiter zu verringern“. Das Unternehmen gab an, seine Investitionen in Russland seit dem Einmarsch in die Ukraine „erheblich“ reduziert zu haben, indem es die Zahl seiner Mitarbeiter dort von fast 600 auf 240 verringerte.

Kontron sei jedoch über die Tochtergesellschaft Iskra Technologies weiterhin auf dem russischen Markt präsent. Iskra Technologies wurde im Dezember 2024 selbst von der Europäischen Union mit Sanktionen belegt. Iskra Technologies sei aber nach wie vor zu 48,4 Prozent im Besitz von Kontron über seine slowenische Tochtergesellschaft Kontron d.o.o. und Kontron übe aufgrund einer Call-Option auf seine Anteile die faktische Kontrolle über das Unternehmen aus, schreibt Politico.

Seit Inkrafttreten der EU-Sanktionen im Juni 2023 habe die slowenische Niederlassung von Kontron zudem mindestens 49 Lieferungen von SI3000-Überwachungstechnologie und Ersatzteilen an ihre Tochtergesellschaft in Kasachstan getätigt, wie aus den von POLITICO analysierten Exportaufzeichnungen hervorgehe. Kontron erklärte in einer Stellungnahme, dass alle Exporte nach Kasachstan für den Inlandsgebrauch bestimmt seien.

Im Juni gewann Iskra einen russischen Industriepreis für Importunabhängigkeit im Telekommunikationsbereich für ein Projekt im Bereich der Strafverfolgung. Im darauffolgenden Monat investierte das Unternehmen rund eine halbe Million Dollar in den Ausbau seiner Produktion von Breitbandroutern für Rostelecom, den staatlichen Telekommunikationsbetreiber Russlands.

Vier der SI3000-Telekommunikationssysteme von Iskra werden laut einem Branchenbulletin nun von der russischen Regierung als „Telekommunikationsausrüstung russischer Herkunft“ eingestuft, da Moskau angesichts der Sanktionen gegen die Ukraine bemüht ist, importierte Technologie zu ersetzen. Kontron erklärte in einer Stellungnahme: „Es handelt sich um russische Produkte, die nach 2022 nicht mit einem zusätzlichen Technologietransfer oder technischen Support von Kontron d.o.o. in Verbindung stehen.“

Aus slowenischen Unternehmensunterlagen, die von POLITICO geprüft wurden, geht hervor, dass Kontron d.o.o. Ende 2023 noch ein Darlehen in Höhe von 3,546 Millionen Euro an die russische Tochtergesellschaft Iskra Technologies hatte, das zwischen 2026 und 2027 fällig wird. Das slowenische Unternehmen erließ seiner russischen Tochtergesellschaft im Jahr 2022 außerdem 6,393 Millionen Euro seiner Darlehen.

EU-Sanktionen verbieten es allen EU-Unternehmen, sanktionierten Unternehmen finanzielle Unterstützung zu gewähren oder ihnen Mittel zur Verfügung zu stellen. Kontron erklärte, dass die Darlehen noch aktiv seien, man jedoch „die Einhaltung der EU-Sanktionen überprüft“ habe. Der CDU-Abgeordnete Kiesewetter sagte, die deutschen Behörden sollten die Vereinbarung ‚unverzüglich‘ untersuchen.

[German firm shipped restricted tech to Russia — after EU sanctions kicked in – POLITICO](#)

Grüne fordern Verstaatlichung der Raffinerie in Schwedt

Die Grünen setzen sich für eine Verstaatlichung der Ölraffinerie im brandenburgischen Schwedt im Zuge des geplanten 18. EU-Sanktionspakets ein. „Die Bundesregierung sollte handeln und Rosneft Deutschland enteignen«, sagt der energiepolitische Sprecher der Grünenfraktion Michael Kellner dem Spiegel.

Der russische Ölkonzern, an dessen Spitze ein Vertrauter von Staatschef Wladimir Putin steht, ist immer noch in Deutschland investiert. Ihm gehören mehrheitlich die Anteile an der Raffinerie in Schwedt sowie kleinere Beteiligungen an Raffinerien in Baden-Württemberg und Bayern.

Der Besitz befindet sich zwar seit September 2022 unter Treuhandenschaft des Bundes und mögliche Gewinne gelangen nicht nach Russland. Aber Grünen-Mann Kellner hält es für an der Zeit für einen konsequenten Schnitt. „Das wäre ein Schulterchluss mit unseren Freunden in Europa und ein klares Signal an Putin“, sagt Kellner.

Eigentlich war geplant, dass Rosneft seine Anteile an der Ölproduktion in Schwedt an ein anderes Unternehmen verkauft. Doch bislang hat sich noch kein Investor als endgültiger Käufer etabliert. Beteiligt daran war Grünen-Parteifreund Kellner, der bis zum Ende der Ampel als Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium gearbeitet hatte. Dieser hält es inzwischen für an der Zeit, klare Verhältnisse zu schaffen und Rosneft zu enteignen. „Das würde zugleich den Beschäftigten in den Raffinerien Sicherheit bieten“,

sagt er. Rosneft dürfte gegen die Enteignung klagen und der Staat müsste den Konzern voraussichtlich entschädigen. Doch das hält Kellner für vertretbar. Die Kaufsumme, so sagt er, würde auf ein Treuhandkonto gehen und erst dann nach Moskau überwiesen werden, wenn der Krieg vorbei ist.

Die Gelegenheit sei insofern günstig, als die Treuhandschaft immer wieder verlängert werden muss. In diesem Herbst wäre es wieder so weit. Rosneft hat zwar die Klage ruhend gestellt, könnte aber jederzeit das juristische Verfahren wieder aufnehmen. Wäre der Krieg beendet, könnte der Energeriese unter bestimmten Voraussetzungen in Deutschland wieder das Geschäft aufnehmen. Grünenpolitiker Kellner will das verhindern. Die Bundesregierung solle Druck auf die EU ausüben, damit Rosneft seine Anteile in Deutschland verliere. Das 18. Sanktionspaket wäre der richtige Ort, um dies festzuschreiben.

[Grüne fordern Enteignung von Ölkonzern Rosneft in Deutschland - DER SPIEGEL](#)

Deutsche Fabrik soll Unabhängigkeit von russischem Uran fördern – wird aber von Behörden ausgebremst

19 Atomreaktoren russischer Bauart sind in der Europäischen Union am Netz. Der französische Atomkonzern Framatome möchte diese mit Brennstäben versorgen, um die Abhängigkeit von Lieferungen aus Russland schrittweise zu reduzieren. Die speziellen Brennstäbe will Framatome im niedersächsischen Lingen herstellen, berichtet das Handelsblatt. Betrieben wird die dortige Brennelemente-Fertigung von der Advanced Nuclear Fuel GmbH (ANF), einer hundertprozentigen Framatome-Tochter. Aus Sicht von Mario Leberig, Vice President Fuel Engineering & Fuel Germany bei Framatome, ist eine Entscheidung des zuständigen niedersächsischen Landesumweltministeriums überfällig.

„Wir haben uns intensiv und konstruktiv mit den Behörden ausgetauscht. Jetzt ist die Zeit reif für eine Entscheidung“, sagte Leberig dem Handelsblatt. Bisher sind die Anlagen in Lingen auf die Fertigung von Brennelementen für Reaktoren westlicher Bauart ausgelegt. Um sie auch für russische Reaktortypen nutzen zu können, sind nach Leberigs Darstellung „sehr überschaubare Maßnahmen“ erforderlich.

Dafür bedarf es einer behördlichen Genehmigung. „Leider müssen wir feststellen, dass sich die Dinge sehr langsam bewegen“, sagt der Framatome-Manager. „Unsere Befürchtung ist, dass das Thema im niedersächsischen Umweltministerium nicht weit oben auf der Agenda steht.“ Es entstehe der Eindruck, „dass seitens der Genehmigungsbehörde in Hannover immer neue Hürden aufgebaut werden“. Geführt wird das Ministerium vom Grünen-Politiker Christian Meyer.

Den Antrag auf Genehmigung der erforderlichen Änderungen hat das Unternehmen im März 2022 eingereicht – also kurz nach Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine. Seitdem bemühe man sich, einen „effizienten und transparenten Genehmigungsprozess zu unterstützen“, sagt Leberig.

Das Umweltministerium in Hannover sieht die Dinge anders. Nach einem dreitägigen öffentlichen Erörterungstermin Ende vergangenen Jahres prüfe man nun zusammen mit weiteren Behörden mehr als 11.000 Einwendungen gegen das Vorhaben, teilte das niedersächsische Umweltministerium mit. Diese Prüfung dauere an. Man könne keine Prognose darüber abgeben, wann eine Entscheidung fallen werde.

Die 19 betroffenen Reaktoren russischer Bauart stehen in Bulgarien, Tschechien, Finnland, Ungarn und der Slowakei. Branchenangaben zufolge haben diese in einigen dieser Länder einen Anteil an der Stromerzeugung von 60 Prozent. In Bezug auf die Kernenergie werden konkrete Vorschläge der EU-Kommission in den kommenden Wochen erwartet. Sie werden Beschränkungen für neue Lieferverträge für Uran, angereichertes Uran und sonstiges Kernmaterial aus Russland umfassen. Ziel ist es, sich schrittweise von russischen Lieferanten zu lösen.

Nach Überzeugung Leberigs kann sein Unternehmen einen erheblichen Beitrag leisten, um von der Lieferung russischer Kernbrennstäbe unabhängig zu werden.

Doch die Kritiker des Vorhabens sehen es genau umgekehrt. Sie verweisen darauf, dass ANF zumindest anfangs nicht komplett ohne russische Hilfe auskommt. Tatsächlich will das Unternehmen zunächst auf russische Fachleute zurückgreifen, um die erforderlichen Anpassungen vorzunehmen. Sie würden von einem Tochterunternehmen des staatlichen russischen Atomkonzerns Rosatom kommen.

Allerdings soll ihr Beitrag auf ein Minimum reduziert werden. „Von der ursprünglichen Idee, russische Fachleute für die Inbetriebnahme neuer Maschinen ins Werk zu lassen, sind wir längst abgerückt“, sagt Leberig. Man habe zu Testzwecken außerhalb des Werks Maschinen aufgebaut und wenige russische Ingenieure dort arbeiten lassen.

„Geschäfte mit dem Kriegstreiber Putin sollten generell und gerade auch im sensiblen Atomsektor unterbleiben“, sagte der grüne Umweltminister von Niedersachsen Christian Meyer. Es wäre wünschenswert, wenn die ANF diesen Brennelemente-Typ ohne russische Beteiligung erzeugen würde, so, wie es der amerikanische Konzern Westinghouse praktiziere. Das forderten die Ukraine und mehrere osteuropäische Staaten seit Langem. Es sei naiv zu glauben, Putin wolle der ANF mit der engen Kooperation „nur helfen“, betonte Meyer.

Tatsächlich produziert Westinghouse die gewünschten Brennelemente für die russischen Reaktoren. Bei Westinghouse handelt es sich aber um ein US-Unternehmen. Angesichts des angespannten Verhältnisses zwischen Europa und den USA erscheint das den Fachleuten als kritischer Punkt.

[Atomenergie: Warum Europa noch immer abhängig von russischen Brennstäben ist](#)

Diplomatischer Streit um Journalisten

Deutschland hat Anfang Juni die Aufenthaltserlaubnis eines russischen Journalisten nicht verlängert und ihn nicht einreisen lassen. Russland hat deshalb am 27. Juni den deutschen

Botschafter Alexander Graf Lambsdorff einbestellt. Dies berichten laut FAZ und Spiegel die russische Nachrichtenagentur Tass unter Berufung auf die Sprecherin des Außenministeriums Marija Sacharowa. Sacharowa sprach demnach von einer „Reaktion auf das willkürliche Vorgehen Berlins gegen russische Journalisten“.

Ein Mitarbeiter des staatlichen Medienimperiums Rossija Sewodnja wurde am 6. Juni bei der Einreise nach Deutschland abgewiesen, da seine Aufenthaltspapiere nicht verlängert worden waren. Die staatliche Mediengruppe ist mit EU-Sanktionen belegt, zu ihr gehören auch die bekannte Nachrichtenagentur Ria Nowosti und das Internetportal Sputnik. Beides sind Sprachrohre der russischen Führung. Der Entzug der Aufenthaltsgenehmigung war eine Entscheidung der Berliner Landesbehörde, die ohne Abstimmung mit den Bundesbehörden getroffen wurde. Sie beruht auf einer Interpretation der EU-Sanktionen durch die Berliner Landesbehörde, berichtet der Spiegel. Sacharowa sprach deshalb von „grausamen Schikanen“ gegen den Mitarbeiter des staatlichen Medienunternehmens und seine Familie und einem „Akt primitiver Russophobie und politischer Zensur“.

Bereits Ende vergangenen Jahres hatte das russische Außenministerium zwei Mitarbeitern der ARD die Akkreditierungen entzogen. Damals war dies eine Reaktion auf die ausbleibende Verlängerung von Aufenthaltspapieren zweier Mitarbeiter des russischen Perwij Kanal. Russland akkreditiert prinzipiell weiterhin westliche Korrespondenten, das Verfahren ist aber langwierig und mit erheblichen Unsicherheiten verbunden.

[Russland: Moskau will deutschen Botschafter wegen angeblicher Schikane von Journalisten vorladen - DER SPIEGEL](#)

Hinweispapiere des BAFA

Im Rahmen des 19. Exportkontrolltages am 22. und 23. Mai in Berlin, stellte das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) neue Hinweispapiere und Merkblätter zu Sanktionsthemen vor. Zudem stellte Peter Sandler, Direktor von DG Trade in Brüssel, seinen Vortrag zur Verfügung.

Hier die Unterlagen:

[Merkblatt Allgemeinen Genehmigungen und diesbezügliches Registrier- und Meldeverfahren.pdf - Google Drive](#)

Neues Russlandmerkblatt BAFA:

[Merkblatt Außenwirtschaftsverkehr mit der Russischen Föderation.pdf - Google Drive](#)

Umgehungsverhinderung neue Zusammenstellung:

[afk_merkblatt_sanktionsumgehung.pdf](#)

EU-Kommission (die Präsentation ist tatsächlich neu, der Download-Link alt):

[EU P2P Summer University 2021](#)

3. Europäische Union

18. Sanktionspaket vorerst gescheitert – bestehende Sanktionen werden aber verlängert

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich bei ihrem Gipfel in Brüssel auf eine Verlängerung der bestehenden Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate geeinigt. Die Erweiterung der Sanktionen um ein 18. Paket ist hingegen vorerst gescheitert, wie unter anderem Euractiv, die FAZ und die Tagesschau berichten. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico kündigte demnach in Brüssel an, seine Zustimmung erst dann zu geben, wenn sein Land Zusicherungen der EU-Kommission bekomme, die die Gasversorgung seines Landes nach 2027 sichern. Aus demselben Grund lehnt auch Ungarn das 18. Sanktionspaket ab. Eine Einigung durch einen Beschluss auf Botschafterebene wird aber für Anfang Juli für möglich gehalten.

Während die Slowakei sich nur gegen das neue Sanktionspaket wandte, blockierte Ungarn zudem jegliche nennenswerten Fortschritte bei den EU-Beitrittsverhandlungen der Ukraine. Außerdem schloss sich Ungarn den [Schlussfolgerungen](#) der anderen 26 EU-Länder zur Ukraine nicht an, wie die FAZ berichtet.

In einem Interview während des Gipfels warf Viktor Orbán der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und dem Chef der EVP-Fraktion Manfred Weber vor, „daran zu arbeiten, eine pro-ukrainische und Brüssel untergeordnete Regierung in Ungarn zu installieren“. Orbán berief sich mit seiner Blockade auf ein von ihm selbst inszeniertes Referendum, laut dem die Ungarn mit großer Mehrheit einen ukrainischen EU-Beitritt ablehnen würden (siehe Beitrag unten)

Einig waren sich die versammelten Regierungschefs aber darin, die aktuellen EU-Sanktionen gegen Russland um weitere sechs Monate zu verlängern. Die Verlängerung musste einstimmig beschlossen werden, und die Staats- und Regierungschefs – einschließlich Orbán und Fico – taten dies einen Monat vor Ablauf der Frist Ende Juli. Zuvor hatte es Sorgen gegeben, auch diese Entscheidung können insbesondere durch Ungarn blockiert werden, weshalb in Brüssel bereits an einem Plan B gearbeitet wurde, um Ungarn zu umgehen. Deutschland hatte laut Medienberichten Überlegungen vorangetrieben, die Sanktionen nur mit qualifizierter Mehrheit zu verlängern. Das wäre gemäß EU-Vertrag wohl möglich – einen Präzedenzfall gibt es dafür aber bislang nicht. Die gefundene Einigung sichert auch ab, dass über 200 Milliarden Euro an in der EU eingefrorenem russischen Zentralbankgeld weiterhin blockiert bleiben.

Bevor es nicht eine Verständigung zu den Energieimporten gebe, könne sein Land den neuen Sanktionen nicht zustimmen, sagte der slowakische Ministerpräsident Robert Fico. „Wir haben keinen direkten Zugang zu Flüssiggasterminals. Es kann zu Engpässen kommen, und die Preise schnellen in die Höhe.“ Außerdem sei der Liefervertrag mit Russland bis 2034 gültig. Sollte es zu Strafzahlungen kommen, müsse die EU-Kommission diese übernehmen.

[EU-Gipfel endet ohne neue Russland-Sanktionen | tagesschau.de](#)

Was würde das 18. Paket enthalten?

Das von der EU-Kommission vorbereitete 18. Sanktionspaket zielt vor allem auf den russischen Energiesektor und hat eigentlich keine unmittelbaren Auswirkungen auf Ungarn und die Slowakei. So wollen die EU-Staaten Importe von Benzin und Diesel stoppen, die in Drittstaaten aus russischem Rohöl hergestellt werden. Das betrifft vor allem Raffinerien in der Türkei und Indien und würde eine Sanktionslücke schließen, die dem Kreml immer noch Einnahmen von mindestens zwei Milliarden Euro im Jahr verschafft.

Der neue Vorschlag der EU für Sanktionen, der Anfang Juni veröffentlicht wurde, würde weitere 22 russische Banken auf die schwarze Liste setzen und das Verbot von Transaktionen auf Unternehmen mit Sitz außerhalb des Landes ausweiten, die zur Umgehung der Sanktionen beitragen. Die neuen Sanktionen würden zudem Finanztransaktionen mit der North-Stream-Pipeline verbieten. Diesen Punkt hatte insbesondere die Bundesregierung forciert, um derzeitigen Überlegungen, dass das Pipelinennetz an amerikanische Privatinvestoren veräußert wird, um in Zukunft wieder genutzt zu werden, einen Riegel vorzuschieben.

Offen war, ob auch eine Senkung des Preisdeckels für russisches Rohöl von 60 auf 45 Dollar aufgenommen würde. Viele EU-Staaten waren dafür, die EU-Kommission eher dagegen, nachdem es zuletzt beim G-7-Gipfel keine Verständigung darüber mit den anderen Partnern gegeben hatte.

EU-Diplomaten weisen darauf hin, dass ein Punkt insbesondere die Zustimmung der USA erfordern würde: die Senkung der G7-Obergrenze für den Ölpreis für Russland auf 45 Dollar. Die Obergrenze liegt seit Jahren bei 60 Dollar, obwohl Rohöl bereits unter diesem Niveau gehandelt wird. Die Idee war, dass die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen auf dem G7-Gipfel vom 15. bis 17. Juni in Kanada formell vereinbaren, die Preisobergrenze zumindest auf 50 Dollar zu senken. Dazu kam es aber nicht.

Ähnlich wie das 17. Maßnahmenpaket der EU, das am 20. Mai verabschiedet wurde, sollen die neuen Maßnahmen die Aufnahme weiterer Personen in die schwarze Liste und Maßnahmen gegen die russische Schattenflotte umfassen. Mehr als 300 Schiffe sind gelistet. Da vermutlich weitere 600 Boote zu dieser Flotte gehören, ist es das Ziel der bevorstehenden Maßnahmen, so viele wie möglich davon hinzuzufügen, auch wenn europäische Diplomaten zugeben, dass es schwierig ist, vor Gericht haltbare Beweise dafür zu finden, dass der Kreml die Schiffe finanziert.

Mit Sanktionen aus Brüssel oder auch London gegen Tanker komme man nicht weit, sagt Benjamin Hilgenstock, der für die Kyiv School of Economics von Frankfurt aus zur Schattenflotte forscht, weil „die Schiffe gar nicht mit der Jurisdiktion der sanktionierenden Länder in Berührung kommen“. Wirkungsvoll seien Sekundärsanktionen, wie der Ausschluss vom US-Finanzsystem. Das bringe etwa indische Raffinerien oder Banken dazu, mit solchen Schiffen nichts zu tun haben zu wollen. Wenn

die EU nicht auch zu solchen Mitteln greife, stelle sie ihre Glaubwürdigkeit infrage, sagte Hilgenstock gegenüber der FAZ.

In Brüssel werde das inzwischen diskutiert. Das EU-Recht sieht zwar keine Sekundärsanktionen vor. Der Sanktionsbeauftragte David O'Sullivan regte aber auf dem Außenministertreffen am 20. Mai an, Schritte gegen angelaufene Häfen zu prüfen. Das gehe aus einem internen Dokument hervor, das der FAZ vorliegt. Er nannte die Türkei, Indien und Malaysia.

Ökonom Brooks von der Brookings Institution fordert zunächst einmal eine bessere Abstimmung der EU mit den USA und Großbritannien. Insgesamt hätten die drei Akteure 508 russisch kontrollierte Öltanker sanktioniert, sagt er der FAZ. Die Überschneidungen seien aber gering: Nur 43 Schiffe stünden auf allen drei Sanktionslisten. Das begrenze ihre Wirkung. Einen anderen Hebel könnte das Seerecht bieten, um die Schattenflotte einzuschränken. Ansetzen ließe sich an zwei Punkten: Erstens, wenn Schiffe für Spionage oder Sabotage genutzt werden, und zweitens, wenn von den meist alten Schiffen eine Gefahr für die Umwelt ausgeht. Ein Hebel wäre auch, die Verkäufe von Tankern an Russland und seine Helfer zu unterbinden.

Weitere Visumsverbote

Zu den geplanten EU-Maßnahmen sollen auch weitere Visumsverbote und das Einfrieren von Vermögenswerten gehören, wobei die EU plant, weitere 100 Personen und Unternehmen auf eine bereits über 2.400 Einträge umfassende Liste von Sanktionspersonen und -organisationen zu setzen.

Eine weitere Maßnahme könnte darin bestehen, gegen russische Diplomaten vorzugehen, die in verschiedenen europäischen Ländern stationiert sind und im Verdacht stehen, für Moskau spioniert zu haben.

Der russische Fonds für ausländische Direktinvestitionen könnte ebenfalls betroffen sein, und die EU plant die Einführung von Handelsbeschränkungen, die europäische Unternehmen daran hindern würden, verschiedene Industriekomponenten zu exportieren, die Russland für seine Kriegsmaschinerie verwenden könnte.

[EU Members Playing The Waiting Game On New Russia Sanctions](#)

EU-Vorschlag zur schrittweisen Einstellung von Erdgas- und Erdölimporten aus Russland

Am 17. Juni hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über die schrittweise Einstellung der Einfuhr von russischem Gas und Erdöl, und die Verbesserung der Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten veröffentlicht. Der Vorschlag sieht ein Verbot der Einfuhr von Erdgas aus Pipelines sowie von LNG aus der Russischen Föderation ab dem 1. Januar 2026 vor, enthält aber auch einige Übergangsfristen, wie Business Europe analysiert hat. Demnach gilt das Verbot für kurzfristige Lieferverträge, die vor dem 17. Juni 2025 geschlossen wurden, erst ab dem

17. Juni 2026. Für Gasmengen im Rahmen von langfristigen Lieferverträgen, die vor dem 17. Juni 2025 geschlossen wurden, würde das Verbot ab dem 1. Januar 2028 gelten. Für Lieferungen in Binnenstaaten würde das Verbot ebenfalls ab dem 1. Januar 2028 gelten.

Die vorgeschlagene Verordnung stützt sich auf eine doppelte Rechtsgrundlage, nämlich Artikel 207 AEUV (Handelspolitik) und Artikel 194 Absatz 2 AEUV (Energiepolitik).

Der Vorschlag umfasst außerdem:

- ein Verbot der Erbringung langfristiger Terminaldienste in EU-LNG-Terminals für Unternehmen aus der Russischen Föderation oder für Unternehmen, die von Personen aus der Russischen Föderation kontrolliert werden, ab dem 1. Januar 2026 (mit einer Übergangsphase für LNG-Terminaldienste im Rahmen bestehender Verträge bis Ende 2027),
- eine Verpflichtung für Importeure von Gas aus der Russischen Föderation, den Zollbehörden Informationen zu übermitteln, wobei für eine Liste von Verbindungsstellen eine widerlegbare Vermutung hinsichtlich des russischen Ursprungs der Einfuhren gilt,
- die Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, bis März 2026 einen nationalen Plan zur Diversifizierung der Gasversorgung aufzustellen,
- für diejenigen, die Öl aus Russland einführen, Verpflichtung zur Aufstellung eines Plans zur Diversifizierung der Ölversorgung bis März 2026 im Hinblick auf eine vollständige Einstellung der Ölimporte bis Ende 2027,
- Verpflichtung für Importeure von Gas aus der Russischen Föderation, der Kommission und den zuständigen nationalen Behörden vertragliche Informationen (einschließlich Mengen, Laufzeit, Lieferpläne, vertragliche Flexibilität, Kündigungsbedingungen, Schiedsverfahren) zu übermitteln, Möglichkeit für die Kommission, einen oder mehrere Mitgliedstaaten zu ermächtigen, die Anwendung des Einfuhrverbots vorübergehend auszusetzen, wenn die Versorgungssicherheit ernsthaft gefährdet ist.

Die Abkopplung von russischem Öl würde Ungarn jährlich zusätzliche Kosten in Höhe von 500 bis 600 Millionen Dollar verursachen, heißt es von Seiten der Regierung in Budapest. Außenminister Peter Szijarto betonte gegenüber staatlichen Medien, dass Budapest sich gegen den von ihm als „Von-der-Leyen-Selenskyj-Plan“ bezeichneten Plan aussprechen werde, der seiner Meinung nach darauf abzielt, umfassende Verbote für russisches Öl, Gas und Kernbrennstoffe zu verhängen. Er sagte, solche Maßnahmen würden zu drastischen Preiserhöhungen für Versorgungsleistungen in Ungarn und in der gesamten Region führen. Er argumentierte, dass die Energieversorgung Ungarns ohne russische Ressourcen nicht gewährleistet werden könne, und wies darauf hin, dass Öl-, Gas- und Kernbrennstoffimporte aus Russland nach wie vor unverzichtbar seien.

Die Slowakei hat einen gültigen Vertrag mit dem russischen Gaskonzern Gazprom, wonach die russische Seite verpflichtet ist, ihr Gas kostenlos in die Slowakei zu liefern und die Transitgebühren bis zur slowakischen Grenze zu übernehmen. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico argumentierte außerdem, dass Russland die Slowakei auf über 20 Milliarden Euro verklagen könnte, wenn der Vertrag vor seinem Ablauf im Jahr 2035 gekündigt wird, berichtet BNE IntelliNews.

Der aktuelle Vorschlag folgt auf einen vor Wochen veröffentlichten „Fahrplan“ der EU-Kommission. Im vergangenen Jahr bezahlten europäische Importeure nach Angaben der Kommission nach Angaben der Süddeutschen Zeitung noch 22 Milliarden Euro für Gas und Öl aus Russland.

Ein direkter Weg zum Verbot von Energieimporten aus Russland wären Sanktionen gewesen - die aber müssen die EU-Länder einstimmig beschließen. Nun unternimmt die EU-Kommission laut Süddeutscher Zeitung einen Kunstgriff, um eine Mehrheitsentscheidung zu ermöglichen: Sie nutzt das Handelsrecht für strategische Energiepolitik. Mit dem Argument, die Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen bedrohe Europas Energiesicherheit, formuliert sie ein Einfuhrverbot, das bis in zweieinhalb Jahren vollständig greifen soll. Juristisch firmiere dies unter dem Dach des Zollrechts. Und dafür ist die EU-Kommission zuständig, auch wenn Energie Sache der Mitgliedstaaten ist. „Ein rechtliches Einfuhrverbot stellt einen souveränen Akt der Union dar, der die Fortsetzung der Verträge mit russischen Gaslieferanten rechtswidrig macht - ohne Ermessensspielraum für Mitgliedstaaten“, heißt es in einem Begleitdokument zum Gesetz. Der Effekt kommt also dem einer Sanktion gleich.

„Weniger ist mehr“, sagte EU-Energiekommissar Dan Jørgensen. „Je weniger Energie wir aus Russland importieren, desto mehr Sicherheit und Unabhängigkeit haben wir in Europa.“ Damit die Zollbehörden das Verbot durchsetzen können, sollen Gasimporteure genaue Informationen über Herkunft, Volumina, Vertragsdauer, Lieferbedingungen und Vertragspartner offenlegen, sowohl der Kommission als auch nationalen Behörden. Damit will die Kommission einen vollständigen Überblick erhalten, wo wie viel russisches Gas verkauft und verbraucht wird.

Unternehmen, die noch Erdgas aus Russland importieren - nach Angaben eines Kommissionsbeamten sind es knapp 100 in zehn Mitgliedstaaten -, können sich mit der Verordnung auf höhere Gewalt berufen, um vorzeitig aus ihren Verträgen auszusteigen. Man sei „sehr selbstbewusst“, dass die Haftungsrisiken gering bleiben, sagte ein Beamter. Laut Daten der Kommission hat russisches Erdgas noch einen Anteil von etwa einem Sechstel an Europas Gasversorgung. Im vorigen Jahr waren es noch 19 Prozent, im Vergleich zu 45 Prozent vor dem Krieg. Die verbleibenden 35 Milliarden Kubikmeter im Jahr zu ersetzen, ist keine leichte Übung, laut Kommission aber ohne größere Preissprünge machbar. Die EU rechnet mit größeren Mengen LNG aus den USA, aus Katar und Nordafrika, die in den kommenden Jahren verfügbar sein werden.

Polens Regierung will das Gesetz zügig im Rat besprechen und dann an die Kollegen aus Dänemark übergeben. Nach einem Beschluss auf Ministerebene stehen Verhandlungen mit dem EU-Parlament an. Ziel ist es, die Verordnung noch vor der Sommerpause zu beschließen.

Der ungarische Minister argumentierte, dass der Brüsseler Vorschlag, die Gas- und Ölimporte aus Russland zu kürzen, Ungarn und die Slowakei hart treffen würde. „Dieser Vorschlag würde die Energiesicherheit Ungarns zerstören, er würde uns in eine starke Abhängigkeit von Energiesubventionen bringen, und er würde die Versorgungskosten der ungarischen Familien verdoppeln oder verdreifachen“, fügte der Minister hinzu. Szijjártó erinnerte daran, dass im Jahr 2022, als die EU russische Ölimporte sanktionierte, sowohl die Slowakei als auch Ungarn ein Opt-out aushandelten. Im Gegensatz dazu lässt das

Verfahren, mit dem die Kommission ihre REpowerEU-Pläne umsetzt, keinem Mitgliedstaat die Möglichkeit, ein Veto einzulegen.

[Commission proposes gradual phase-out of Russian gas and oil imports into the EU](#)

[one IntelliNews - Hungary reiterates veto threat over new EU sanctions on Russian energy](#)

[one IntelliNews - Europe's defence needs to adapt to different US, Czech President Pavel says](#)

[EU plans to squeeze out Russian gas with tough new rules – POLITICO](#)

[Ungarn und die Slowakei blockieren die neuen Russland-Sanktionspläne der EU | Euronews](#)

Ringens um LNG-Sanktionen

Die beiden größten Abnehmer von russischem Flüssigerdgas in der Europäischen Union sträuben sich, den Plan Brüssels zum Verbot von Gaslieferungen aus Moskau zu unterstützen. Sie argumentieren, dass sie vor einer Entscheidung mehr Sicherheit hinsichtlich der wirtschaftlichen und rechtlichen Folgen dieser Maßnahme benötigen. Frankreich, der größte Abnehmer der EU, erklärte gegenüber POLITICO, dass es eine Strategie zur Suche nach alternativen Lieferquellen bevorzuge. Belgien, das an zweiter Stelle steht, möchte vor einer Entscheidung einen Bericht über die wirtschaftlichen Folgen sehen.

„Wir verteidigen eine europäische Diversifizierungsstrategie, die bereits auf dem Tisch liegt“, sagte der französische Energieminister Marc Ferracci gegenüber POLITICO und verwies dabei auf den Plan Frankreichs, russische Lieferungen durch Produkte aus Katar zu ersetzen.

Die Zurückhaltung steht im Gegensatz zu den anderen großen LNG-Importeuren der EU: Spanien und den Niederlanden. Beide Länder erklärten gegenüber POLITICO, dass sie die bevorstehende Gesetzgebung, die russische Gasverträge beenden und kurzfristige Käufe in diesem Jahr sowie langfristige Verträge bis 2027 verbieten würde, nachdrücklich unterstützen. Theoretisch würde dies den Ländern helfen, Verträge zu kündigen, die sie sonst dazu verpflichten würden, noch jahrelang russisches LNG zu kaufen.

Für die Europäische Kommission, das Exekutivorgan der EU, wird es entscheidend sein, alle vier Länder an Bord zu holen, um Unterstützung für ihren Vorschlag zu erhalten, der für nächsten Monat erwartet wird. Ungarn und die Slowakei versuchen am aktivsten, das Verbot zu verhindern, da sie weiterhin billiges russisches Energie importieren wollen.

Im vergangenen Jahr importierten Belgien, Frankreich, Spanien und die Niederlande laut der Rohstoffplattform Kpler 16,77 Millionen Tonnen russisches LNG, was 97 Prozent der Gesamtimporte der EU und mehr als der Hälfte der weltweiten Exporte Moskaus

entspricht. Zusammen gaben sie mehr als sechs Milliarden Euro für den Kauf des Brennstoffs aus.

Paris stellte auch die „Rechtssicherheit“ des Brüsseler Vorschlags in Frage und schürte damit Befürchtungen, dass private Unternehmen wegen aufgegebener Verträge mit Klagen aus Russland konfrontiert werden könnten. So ist beispielsweise das französische Unternehmen TotalEnergies derzeit bis 2032 an einen Liefervertrag mit Novatek gebunden und hält einen Anteil von 20 Prozent am Jamal-Projekt, das eine LNG-Anlage in Sibirien betreibt.

Bevor die EU ihre Vorschläge vorstellt, „fordern wir die Kommission auf, eine eingehende Folgenabschätzung“ der Maßnahmen vorzulegen, sagte der belgische Energieminister Mathieu Bihet. Das Land werde technische Gespräche über die Auswirkungen der Maßnahmen auf die LNG-Infrastruktur Belgiens führen, sagte er.

Laut einem Entwurf einer Erklärung, der POLITICO vorliegt, erwägen die Hauptstädte der EU derzeit eine EU-weite Initiative für eine wirtschaftliche und rechtliche Analyse. Ein EU-Beamter sagte, die Kommission bereite ein „Dokument vor, das die Auswirkungen“ der Maßnahmen analysieren werde.

Dennoch würde ein Verbot keine Versorgungskrise auslösen, da alle Länder zusätzliche Mengen aus den USA und Kanada kaufen könnten, die ab nächstem Jahr ihre Kapazitäten ausbauen wollen, schreibt Politico.

[EU's top Russian LNG buyers refuse to back Brussels' gas ban – POLITICO](#)

Sonderzölle auf Düngemittel und Agrargüter aus Russland

Das EU-Parlament hat zusätzliche Zölle auf Dünger und Nahrungsmittel aus Russland und Belarus auf den Weg gebracht, wie die Deutsche Presse-Agentur berichtet. Eine breite Mehrheit der Abgeordneten stimmte in Brüssel für den Vorschlag der EU-Kommission. Russland solle damit die Finanzierung des Angriffskriegs gegen die Ukraine erschwert werden, heißt es in dem Verordnungsentwurf.

Mit Zöllen belegt werden sollen etwa Zucker, Essig, Mehl und Tierfutter sowie Düngemittel auf Stick- und Harnstoffbasis. Damit wären künftig alle Agrarimporte aus Russland mit Abgaben belegt. Die EU-Staaten müssen den Plänen noch zustimmen, bevor die Zölle in Kraft treten.

Die betroffenen Düngemittel machten 2023 den Angaben zufolge 70 Prozent der gesamten Düngemittelnutzung in der EU aus. Ein Viertel davon wurde wiederum aus Russland importiert, wobei dessen Marktanteil 2024 weiter anstieg. Diese Abhängigkeit könne für die Nahrungsversorgung in der EU zum Problem werden, sollte Russland die Marktmacht zur Erpressung nutzen, heißt es in der Verordnung.

Den Plänen zufolge sollen auf die Produkte Zölle in Höhe von 6,5 Prozent fällig werden. Dazu kommen jährlich steigende Abgaben: Ab Juli würden je nach Produktart 40 bis 45 Euro pro Tonne fällig werden, bis 2028 soll die Abgabe auf 315 bis 430 Euro pro Tonne steigen.

Die Versorgungssicherheit in der EU sei durch die Pläne nicht beeinträchtigt, heißt es in dem beschlossenen Entwurf. Die Zölle auf russische Importe würden europäische Produzenten stärken. Sollten die Preise dennoch stark ansteigen, sieht der Entwurf vor, dass die EU-Kommission Maßnahmen ergreifen soll - etwa durch das Aussetzen von Zöllen auf andere Länder.

Der Rat der Europäischen Union hat am 12. Juni schließlich die Verordnung angenommen, mit der neue Zölle auf verbleibende landwirtschaftliche Erzeugnisse und bestimmte Düngemittel aus Russland und Belarus eingeführt werden, auf die bisher noch keine zusätzlichen Zölle erhoben wurden. Ziel ist es, die Abhängigkeit der EU von diesen Einfuhren und die russischen Ausfuhrerlöse zu verringern und die russischen Einnahmen zu verringern.

Die neuen Zölle gelten für Waren, auf die im Jahr 2023 rund 15 Prozent aller Agrareinfuhren aus Russland entfielen. Bei Düngemitteln gelten die neuen Zölle für bestimmte Erzeugnisse auf Stickstoffbasis. Die Maßnahme soll nach EU-Angaben auch die Diversifizierung der Versorgung ermöglichen, eine stabile Düngemittelversorgung gewährleisten und vor allem die Erschwinglichkeit für die Landwirte in der EU gewährleisten. Die Verordnung tritt zum 1. Juli 2025 in Kraft.

Im Jahr 2023 machten die Einfuhren der betroffenen Düngemittel aus Russland mehr als 25 Prozent der Gesamteinfuhren in die Union in diesem Sektor aus (rund 3,6 Millionen Tonnen im Wert von 1,28 Milliarden Euro).

[Handel: EU verabschiedet neue Zölle auf russische und belarussische landwirtschaftliche Erzeugnisse und Düngemittel - Consilium](#)

Ausführungsbestimmungen:

[L 202501227DE.000101.fmx.xml](#)

Sanktionen gegen Bloggerin

Die EU hat ihre Sanktionsliste für hybride Bedrohungen durch Russland Ende Juni um eine Person erweitert: Nathalie Yamb ist eine kamerunisch-schweizerische Aktivistin und Bloggerin aus dem Kanton Zug. Sie wurde in der Schweiz geboren, wuchs in Kamerun auf und studierte anschließend in Deutschland. Yamb wurde laut Medienberichten angeblich vom inzwischen getöteten russischen Oligarchen und Söldnerführer Jewgeni Prigoschin unterstützt. Aufgrund ihres anti-französischen Aktivismus wurde ihr bereits im Januar 2022 die Einreise und der Aufenthalt auf französischem Staatsgebiet verboten. Yamb nahm 2022 als „unabhängige internationale Beobachterin“ an den Scheinreferenden in der Ostukraine teil und gilt als Unterstützerin des russischen Angriffskrieges gegen die

Ukraine. Zuletzt wurde sie wegen Verleumdung durch einen französischen Botschafter angezeigt.

Bereits im Mai hatte die EU 21 Personen und sechs Organisationen neu in die Sanktionsliste aufgenommen, die für die destabilisierenden Handlungen Russlands im Ausland verantwortlich sein sollen. Der Rat hatte damals außerdem den Anwendungsbereich der Sanktionen erweitert, damit die EU materielle Vermögenswerte im Zusammenhang mit den destabilisierenden Aktivitäten Russlands, wie Schiffe, Flugzeuge, Immobilien und physische Elemente digitaler und Kommunikationsnetze, sowie Transaktionen von Kreditinstituten, Finanzinstituten und Einrichtungen, die Krypto-Asset-Dienstleistungen erbringen, die direkt oder indirekt die destabilisierenden Aktivitäten Russlands erleichtern, verfolgen kann. Um auf internationale Kampagne Russlands zur Manipulation der Medien und zur Verfälschung von Tatsachen mit dem Ziel der Destabilisierung der EU reagieren zu können, hatte der Rat außerdem die Möglichkeit geschaffen, die Rundfunklizenzen russischer Medien, die der russischen Führung unterstehen, auszusetzen und ihnen die Ausstrahlung ihrer Inhalte in der EU zu untersagen. Nicht verboten sind hingegen im Einklang mit der Charta der Grundrechte die Möglichkeit, andere Tätigkeiten als Rundfunk in der EU auszuüben, z. B. Recherchen und Interviews.

Gelistet wurden unter anderem Viktor Medwedtschuk, ehemaliger ukrainischer Politiker und Geschäftsmann, Alik Khuchbarov und Ilya Bocharov, beide Mitarbeiter des russischen Militärgeheimdienstes GRU, der deutsche Blogger Thomas Röper, die russische Bloggerin Alina Lipp, das türkische Medienunternehmen AFA Medya und dessen Gründer Hüseyin Doğru. Die benannten Personen und Organisationen werden mit einer Sperrung ihrer Vermögenswerte belegt, und EU-Bürger und -Unternehmen ist es verboten, ihnen Gelder zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus wird gegen natürliche Personen ein Reiseverbot verhängt, das ihnen die Einreise in das Hoheitsgebiet der EU und die Durchreise durch dieses Gebiet untersagt.

[L'UE sanctionne l'influenceuse Nathalie Yamb pour ses positions prorusses](#)

[Ermittlungen wegen Verleumdung: Schweizer Influencerin Nathalie Yamb von Botschafter angezeigt | Tages-Anzeiger](#)

[Beschluss \(GASP\) 2025/966 des Rates vom 20. Mai 2025 zur Änderung des Beschlusses \(GASP\) 2024/2643 über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands](#)

[Beschluss \(GASP\) 2025/963 des Rates vom 20. Mai 2025 zur Änderung des Beschlusses \(GASP\) 2024/2643 über restriktive Maßnahmen angesichts der destabilisierenden Aktivitäten Russlands](#)

Orbans Kampagne gegen EU-Beitritt der Ukraine polarisiert Ungarn

In einem vom ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban durchgeführten Referendum, dem eine massive antiukrainischen Kampagne voranging, soll angeblich eine

große Mehrheit der Ungarn gegen die EU-Mitgliedschaft der Ukraine gestimmt haben. Orban sieht darin ein Mandat, seine Politik fortzuführen, schreibt die Deutsche Welle. 2,27 Millionen Ungarn hätten sich laut Regierungsangaben an dem Referendum beteiligt (was rund einem Drittel der ungarischen Wähler entspricht), 95 Prozent hätten gegen eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine gestimmt. Er sei „mit einem starken Mandat“ nach Brüssel gekommen, erklärte Orban im Rahmen des EU-Gipfels am 26. Juni. „Mit der Stimme von mehr als zwei Millionen Ungarn“ werde er sagen können, dass er den ukrainischen EU-Beitritt nicht unterstütze. Ungarn blockiert in Brüssel weiterhin die Öffnung des ersten Kapitels im EU-Beitrittsverfahren mit der Ukraine, die bereits für das Frühjahr 2025 angekündigt war.

Eine unabhängige Beobachtung des Wahlprozesses oder eine unabhängige öffentliche Zählung der Stimmen ließ die ungarische Regierung nach Angaben der Deutschen Welle nicht zu. Bei einer ähnlichen Umfrage, die vor kurzem von der Tisza-Partei (Respekt und Freiheit), der größten ungarischen Oppositionspartei, veranstaltet worden war, hatten sich 58 Prozent der befragten Ungarn für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine ausgesprochen.

50 bekannte ungarische Persönlichkeiten - Akademiker, Künstler, Publizisten und ehemalige Politiker und hochrangige Staatsfunktionäre wie der einstige konservative Außenminister Geza Jeszenszky und der Ex-Nationalbankpräsident Peter Akos Bod veröffentlichten einen „Brief an das ukrainische Volk“, in dem sie Orbans Propaganda verurteilten und ihre Solidarität mit der Ukraine erklärten.

Die Ukraine ist inzwischen zum bestimmenden Thema des Wahlkampfes für die Parlamentswahl im Frühjahr 2026 geworden. Von der Regierungsmehrheit wird die Oppositionspartei Tisza, die in Umfragen inzwischen weit vor Orbans Partei Fidesz liegt, bereits als politische Kraft bezeichnet, die von der Ukraine und aus Brüssel bezahlt sei.

[Orban gegen die Ukraine: Kampagne zu Ende, Hetze geht weiter – DW – 26.06.2025](#)

Russland kein Hochrisikoland für Finanzkriminalität?

Die EU-Kommission veröffentlichte jüngst eine Aktualisierung der Liste mit Hochrisikoländern zur Stärkung der internationalen Bekämpfung der Finanzkriminalität. In dieser Liste wurden sowohl Russland als auch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) nicht mit einbezogen. Finanzexperten stellen die Entscheidung infrage, und auch bei EU-Abgeordneten stößt die neue Liste auf Unverständnis.

„Die nun vorgelegte aktualisierte EU-Liste verdeutlicht, dass wir uns an den internationalen Standards, insbesondere jenen der FATF, orientieren“, schrieb EU-Kommissionsmitglied Maria Luís Albuquerque laut einem Bericht der Frankfurter Rundschau zur aktualisierten Ausgabe. Die Internationale Financial Action Task Force (FATF) ist ein internationales Gremium zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, welches an die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) angegliedert ist. Es besteht aus 39 Staaten, darunter die USA, Japan oder auch die BRICS-

Staaten, eingeschlossen Russland, und setzt internationale Standards, an denen sich mittlerweile 200 Länder orientieren.

Bei der Bewertung werden die Länder auf zwei verschiedenen Listen gesetzt: Zum eine die „schwarze Liste“, also Hochrisiko-Länder. Diese weisen erhebliche Mängel bei der Bekämpfung von Finanzkriminalität auf und kooperieren nicht mit internationalen Standards. Sie können damit durch andere Länder sanktioniert werden und haben auch zusätzliche Sorgfaltspflichten. Zum anderen führt die Organisation eine „graue Liste“, deren Länder weiter Mängel aufweisen, jedoch bereits Maßnahmen ergriffen haben. Diese gilt für betroffene Länder als Warnsignal.

Vor einigen Wochen noch berichtete die Financial Times, dass die EU erwägt, Russland auf die graue Liste zu setzen. „Es gibt eine breite Unterstützung für die Aufnahme Russlands in die Liste“, hieß es seitens des deutschen Europaabgeordneten, Markus Ferber. Weil das FATF-Gremium den Emiraten Fortschritte im Kampf gegen Geldwäsche zubilligt und Russland „nicht als Hochrisikoland“ eingestuft werde, müsse die Kommission dies berücksichtigen, sagte eine Brüsseler Behördensprecherin dem Spiegel. Weiterhin wies der Sprecher daraufhin, dass falls die EU von dieser Position abweichen wolle, sie „robuste Beweise“ benötige, die nur durch eine „tiefgehende Analyse“ gewonnen werden könnten.

Fachleute stellen Russland als Partner bei Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung seit geraumer Zeit infrage. Die Zusammenarbeit mit dem Regime Nordkoreas und der Islamischen Republik Iran, welche auch im Juni 2025 auf der schwarzen Liste gelandet sind, wird als kritisch angesehen. Zudem unterhält der Kreml auch gute Beziehungen zu den in Afghanistan herrschenden Taliban. Ebenso die finanzielle Unterstützung von privaten Söldner-Truppen wie der Wagner-Gruppe sehen Experten als widersprüchlich zur jüngsten Streichung als Hochrisiko-Staat an.

Russland hat zudem laut zahlreichen Analysen selbst im Zuge des Ukrainekrieges gezielt Sabotage- und Subversionskampagne auf Infrastrukturen der EU und USA verübt. Erst im vergangenen Jahr informierte die britische Justizbehörde darüber, dass ein riesiges kriminelles Kryptonetzwerken aufgedeckt wurde. Die Kriminalpolizei sagte laut US-Berichten, dass mit den Geldern auch russische Spionage für Wladimir Putins hybriden Krieg finanziert würde.

Die VAE sollen laut Berichten Russland dabei helfen, westliche Sanktionen zu umgehen, indem Öllieferungen aus Sibirien gelagert oder weiterverarbeitet würden. Danach verkaufe man diese weiter an den Westen, wie aus Recherchen hervorgeht. Außerdem wird Ihnen vorgeworfen, ein Paradies für „zweilichtige“ Personen zu sein. Im vergangenen Jahr wurde durch ein Daten-Leak „Dubai unlock“, welches mitunter vom ZDF ausgewertet wurde, bekannt, dass etliche Serienbetrüger, mutmaßliche Mörder und Steuerflüchtige in Dubai ein Luxusleben führen.

„Die Streichung der Emirate von der Liste der Hochrisikoländer sendet das falsche Signal und ist ein Risiko für die EU“, bemängelte Rasmus Andresen, haushaltspolitischer Sprecher der Grünen im Europäischen Parlament gegenüber dem Spiegel. Auch Russland müsse wieder in Verzeichnis aufgenommen werden. Außerdem wird von der Kommission verlangt, das Urteil besser zu begründen und mit Fakten zu belegen. Die Debatte im EU-

Parlament über die Liste steht in dieser Woche noch an. Die Abgeordneten haben dann innerhalb von zwei Monaten die Chance, die Liste abzulehnen.

[Sanktionen gegen Russlands Wirtschaft: EU verwirrt mit Geldwäsche-Schritt](#)

Interner Bericht sieht China als Hauptproblem für Sanktionsumgehung

Die Tagesschau berichtet über einen internen Bericht des Auswärtigen Amtes, der über NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung (SZ) in die Öffentlichkeit gelangt ist. Es handle sich dabei um die Zusammenfassung einer Sitzung des EU-Rates für Auswärtige Angelegenheiten, die am 20. Mai in Brüssel stattfand. Dabei wurden weitere Sanktionsmöglichkeiten, bisherige Erfolge und Defizite besprochen. An der nicht-öffentlichen Sitzung nahmen ranghohe Beamte teil, darunter der EU-Sanktionsbeauftragte David O'Sullivan und Daniel Markic, Direktor der EU-Geheimdienstkoordinierungsstelle INTCEN.

O'Sullivan und Markic betonten laut Bericht, die Sanktionen hätten erhebliche Auswirkungen auf die russische Volkswirtschaft. Die EU habe einige Erfolge in Bezug auf die Ausfuhr von kriegsrelevanten Gütern über Drittstaaten erzielt, insbesondere mit Blick auf Staaten wie Armenien, Serbien, Usbekistan und Indien.

Allerdings gebe es weiter Schwierigkeiten mit Kasachstan, den Vereinigten Arabischen Emiraten und der Türkei. Die Vereinigten Arabischen Emirate würden zwar angeben, dass Ausfuhren gestoppt worden seien, legten jedoch keine Statistiken vor. Die Einfuhrdaten ließen eher andere Schlüsse zu.

China, einschließlich Hongkong, so trug der EU-Sanktionsbeauftragte O'Sullivan vergangene Woche in Brüssel vor, sei für "ca. 80 % der Umgehungen verantwortlich" und leugne dies weiterhin. Zudem seien Unternehmen aus der EU involviert, was die Position der EU-Kommission bei Gesprächen mit Drittstaaten zu Sanktionen schwäche. Die chinesische Botschaft in Berlin wollte sich auf Anfrage nicht zu den Vorwürfen äußern.

Auf Unterstützung aus Washington könne die EU bei der Bekämpfung von Sanktionsumgehungen wohl nicht mehr hoffen, so das Fazit des Papiers aus: Nach Angaben des EU-Sanktionsbeauftragten sei es zum "Abbruch aller Gesprächskanäle mit der US-Seite zu Sanktionsumgehungen" gekommen. Es finde daher "kein gemeinsamer Outreach" mehr statt. Auch die G7-Kooperation habe in dieser Hinsicht "an Schwung verloren".

[Russland-Sanktionen: Warum die EU sorgenvoll auf China und die USA schaut | tagesschau.de](#)

Kommt russisches Rohöl über Georgien in die EU?

Georgien ist zu einer wichtigen Hintertür für Russlands sanktioniertes Öl in die EU geworden, berichtet „bne IntelliNews“ laut einem Bericht des OstInsider Daily. Die Meldung bezieht sich auf den Ökonomen von der Kaukasus-Universität Vakhtang Partsvania. Die Öl-Sanktionen, die die EU Ende 2022 und im Februar 2023 verhängt hatte, sollten die Einnahmen des Kremls nach dessen vollständiger Invasion der Ukraine eindämmen. Doch trotz immer ausgefeilterer Durchsetzungsmechanismen ermöglichen neue logistische Schlupflöcher laut Partsvania, dass Öl und Erdölprodukte russischer Herkunft über Drittländer nach Europa gelangen: „Während viel Aufmerksamkeit auf die Verhinderung der Einfuhr sanktionierter Güter nach Russland gerichtet ist“, schrieb Partsvania, „ist der umgekehrte Fluss weniger sichtbar, aber ebenso besorgniserregend: sanktionierte russische Rohstoffe gelangen unter falschen Etiketten auf westliche Märkte.“

Die steigenden Ölexporte Georgiens, eines Landes mit winzigen Ölvorkommen, haben Alarmglocken läuten lassen. Zwischen 2022 und 2024 exportierte das Land 275.000 t Öl und Erdölprodukte – mehr als viermal so viel wie zwischen 2019 und 2021. Die Exporte in EU-Mitgliedstaaten stiegen auf 104.000 t, obwohl Georgien laut Daten der georgischen staatlichen Öl- und Gasagentur jährlich nur 35.000 t bis 40.000 t (700 bpd) produziert und den größten Teil seines Inlandsbedarfs von 1,5 Mio t importiert.

Partsvania stellte fest, dass Russland nach wie vor Georgiens Hauptlieferant ist, wobei die Mengen von 225.000 t im Jahr 2021 auf 771.000 t im Jahr 2023 stiegen. „Die Diskrepanz zwischen der heimischen Produktion, den Importquellen und den Exportzahlen deutet stark darauf hin, dass Georgien als Wiederausführer von Öl russischer Herkunft fungiert“, sagte er. Trotz der doppelten Sanktionen importiert die EU weiterhin erhebliche Mengen russischer Ölprodukte, die in Drittländern raffiniert und neu etikettiert werden – eine Ausweichstrategie, die aufgrund der Schwierigkeiten bei der Beschaffung ausreichender Mengen echtem „Nicht-Russland“-Öl weitgehend ignoriert wird. Im Jahr 2023 importierten die Länder, die Sanktionen gegen Russland verhängt haben, laut CREA Erdölprodukte aus russischem Öl im Wert von fast 8,5 Milliarden Euro. Diese Importe in einem Zeitraum von 13 Monaten entsprechen 68 Prozent der jährlichen Verpflichtung der EU zur Unterstützung der Ukraine zwischen 2024 und Ende 2027“, stellte CREA fest.

Prozess gegen Putin - nur Slowakei und Ungarn gegen Sondertribunal

Vom Internationalen Strafgerichtshof gilt bereits ein Haftbefehl gegen Wladimir Putin. Jetzt wollen auch der Europarat und der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj Kremlchef Putin vor ein Sondertribunal bringen. Dazu haben Selenskyj und der Vorsitzende des Europarats, Alain Berset, Ende Juni ein Abkommen unterzeichnet.

„Es bedarf einer starken politischen und rechtlichen Zusammenarbeit, um sicherzustellen, dass jeder russische Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt wird, einschließlich Putin“, sagte Selenskyj bei der Unterzeichnung in Straßburg. Das Richtergremium soll im

niederländischen Den Haag angesiedelt werden und Top-Vertreter der russischen Führung zur Verantwortung ziehen.

Selenskyj sagte zu seiner Unterschrift: „Alle Kriegsverbrecher, auch Russland, müssen wissen, dass Gerechtigkeit geübt wird.“ Alain Berset, der Präsident des Europarats, sprach von einer „entscheidenden Etappe“ zur Einrichtung des Tribunals. Für die Ahndung von Kriegsverbrechen im Ukrainekrieg ist der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag zuständig. Der IStGH hatte im März 2023 wegen des Vorwurfs der Zwangsdeportation ukrainischer Kinder im Zuge der russischen Offensive einen Haftbefehl gegen Putin ausgestellt. Der IStGH kann jedoch nicht gegen Moskau wegen des „Verbrechens der Aggression“, also der Entscheidung zum Angriff auf die Ukraine, vorgehen. Das Sondertribunal soll diese Rechtslücke nun schließen und Verantwortliche aus dem Kreml sowie dem russischen Militär vor Gericht bringen.

Dass Krenlchef Wladimir Putin auf der Anklagebank erscheinen wird, gilt als unwahrscheinlich. Zwar könnte Beschuldigten auch in Abwesenheit der Prozess gemacht werden. Staats- und Regierungschefs sowie Außenminister unterliegen aber rechtlicher Immunität. Heißt: Erst wenn sie aus dem Amt scheiden oder ihre Immunität aufgehoben wird, können sie verurteilt werden. Der Europarat hält das Tribunal dennoch für wichtig, etwa um Beweise zu sammeln und Anklagen vorzubereiten.

Im nächsten Schritt können sich interessierte Staaten sowie die Europäische Union entscheiden, ob sie am Tribunal mitwirken wollen. Dem Europarat gehören 46 Staaten mit mehr als 700 Millionen Einwohnern an. Er ist von der EU unabhängig und setzt sich für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte ein. Die Ukraine ist Mitglied. Russland wurde im März 2022 ausgeschlossen.

Aus der EU lehnten nur die Slowakei und Ungarn eine Teilnahme ab, berichtet Euractiv. Die Haltung Bratislavas sei umso bemerkenswerter, als die Regierung Fico die russische Aggression wiederholt als „flagrante Verletzung des Völkerrechts“ verurteilt hat und darauf besteht, dass das Völkerrecht in jedem Fall eingehalten werden muss. Eine Gruppe von 31 slowakischen Rechtsexperten forderte die Regierung diese Woche auf, ihre Ablehnung des Tribunals zu überdenken, berichtet Euractiv. In einem offenen Brief warnten sie, dass die Rechenschaftspflicht nach dem Völkerrecht „entscheidend für die Verhinderung von Gräueltaten“ sei und den langfristigen Interessen der Slowakei diene. Die Regierung hat jedoch weder auf den Appell reagiert noch ihre Haltung erläutert.

Nur der Europaabgeordnete Branislav Ondruš (Hlas-SD/NI) äußerte sich und bezeichnete das Tribunal als „überflüssig“, da es mit dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) bereits eine Institution gebe, die Verbrechen wie Aggression und Völkermord verfolge. Dies ist jedoch irreführend: Der IStGH ist für die Aggression Russlands nicht zuständig, da Moskau nach der Annexion der Krim aus dem Römischen Statut ausgestiegen ist.

Ondruš argumentierte außerdem, das Tribunal würde „die Kluft in den Beziehungen zu Russland vertiefen“ und den Frieden verhindern. Er warf den unterstützenden Ländern ‚Heuchelei‘ vor und verwies auf deren angebliche „Ignoranz“ gegenüber der Aggression Israels und der Türkei. Roman Mikulec, Oppositionsabgeordneter und ehemaliger Innenminister (Slovensko), kritisierte die Haltung der Slowakei und bezeichnete sie als „eine weitere Schande für das Land.“

Wie der polnische Fernsehsender TVP berichtet, zeigen die Strafbefehle gegen Putin weiter Wirkung. Demnach wird der russische Präsident aufgrund des gegen ihn vom Internationalen Strafgerichtshof erlassenen Haftbefehls nicht zum BRICS-Gipfel Anfang Juli in Brasilien reisen. Dies habe der außenpolitische Berater des Kremls Juri Uschakow mitgeteilt.

[Ukraine-Krieg: Europarat und Wolodymyr Selenskyj vereinbaren Tribunal gegen Waldimir Putin - DER SPIEGEL](#)

[Tribunale und Gerichtshöfe: Russland auf der Anklagebank – DW – 26.06.2025](#)

[Slovakia rejects special tribunal on Russia without explanation - Euractiv](#)

[Putin to skip next week's BRICS Summit over ICC arrest warrant](#)

Slowakisches Parlament gegen neue Russland-Sanktionen

Die Abgeordneten im slowakischen Parlament in Bratislava haben eine Erklärung verabschiedet, künftig gegen alle Russlandsanktionen stimmen zu wollen, berichtet der Spiegel. In einer am 5. Juni mit knapper Mehrheit überraschend angenommenen Erklärung rief die Volksvertretung die Vertreter des Landes auf, künftig gegen geplante weitere Sanktionen zu stimmen. Diese würden dem Land selbst wirtschaftlichen Schaden zufügen, heißt es in der Begründung des von der kleinsten Regierungspartei SNS eingebrachten Antrags. Der Beschluss soll nicht nur auf EU-Ebene, sondern auch in anderen internationalen Gremien gelten.

Der linksnationale Ministerpräsident Robert Fico teilte noch am selben Tag in einer der dpa vorliegenden Erklärung mit, er habe EU-Ratspräsident António Costa telefonisch über das Abstimmungsergebnis informiert, meldet der Spiegel. In dem schon früher vereinbarten Gespräch habe er zudem angekündigt, dass die Slowakei einem völligen Aus für Lieferungen von Gas, Öl und Uran aus Russland nicht zustimmen werde.

Bisher hatte Fico zwar immer wieder einzelne EU-Sanktionen öffentlich kritisiert, weil sie der Slowakei mehr als Russland schaden würden. Anders als Ungarns nationalkonservativer Regierungschef Viktor Orban stimmten Fico und andere slowakische Regierungsvertreter am Ende aber trotz ihrer Kritik ausnahmslos allen Sanktionsbeschlüssen gegen Russland zu. Das hatte die rechtspopulistische und prorussische Slowakische Nationalpartei SNS wiederholt kritisiert. Dass ihr Antrag im Nationalrat in Bratislava tatsächlich durchging, werteten manche Beobachter als Abstimmungsparade. Fast die Hälfte der Abgeordneten, vor allem aus den Oppositionsparteien, hatten die Sitzung nämlich boykottiert und damit ungewollt als Gegenstimmen gefehlt.

[Slowakei: Koalition unter Robert Fico will gegen Russlandsanktionen stimmen - DER SPIEGEL](#)

G7: Russlandfreundliche Staaten sollen vom Wiederaufbau in der Ukraine ausgeschlossen werden

Die sieben wichtigen Industrienationen verurteilten nach einem dreitägigen Gipfel in Kanada Russlands „anhaltenden brutalen Krieg gegen die Ukraine“. Weiter erklärten sie, „dass jede Organisation, die Russland während des Konflikts unterstützt“, von Verträgen zum Wiederaufbau der Ukraine ausgeschlossen werde, dies berichtet Spiegel-online. Abhängig von der Definition, was eine Unterstützung Russlands letztlich umfassen würde, könnte diese Maßnahme vor allem China gelten, den größten Handelspartner der Ukraine. Chinesische Firmen sind trotz des Krieges sehr aktiv in der Ukraine, gleichzeitig lehnt das Land die Einführung von Sanktionen gegen Russland ab. Dies gilt aber genauso für die Türkei, Indien, Brasilien und viele weitere Länder.

Mit Blick auf die weltwirtschaftliche Lage betonten die G7-Minister Einigkeit, man wolle die Märkte stabilisieren. In ihrer Abschlusserklärung schreiben sie, dass der Höhepunkt bei der Unsicherheit in der Wirtschaftspolitik überwunden sei und die Unsicherheit nun wieder abnehme. „Wir werden zusammenarbeiten, um weitere Fortschritte zu erzielen“, hieß es in der Erklärung.

Die Minister erklärten weiter, dass „erhöhte Unsicherheit“ die Wirtschaft und die Finanzstabilität beeinträchtigen können. Ohne China namentlich zu erwähnen, wiesen sie darauf hin, dass alle verstehen müssten, wie „nicht marktwirtschaftliche Politik und Praktiken“ die wirtschaftliche Sicherheit anderer Länder beeinträchtigen und forderten „gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle“.

In Istanbul fanden Mitte Mai die ersten direkten Gespräche zwischen russischen und ukrainischen Vertretern seit mehr als drei Jahren statt. Einer Waffenruhe kam man dabei nicht näher. Der Kreml erklärte, dass neue Friedensgespräche mit der Ukraine „noch nicht vereinbart“ worden seien.

[G7-Treffen in Kanada: Finanzminister unterstützen Ukraine - Sanktionen gegen Russland - DER SPIEGEL](#)

Verlängerung der Krim-Sanktionen um ein weiteres Jahr

Der Rat der EU hat am 16. Juni die Sanktionen, die die EU als Reaktion auf die rechtswidrige Annexion der Krim und der Stadt Sewastopol durch die Russische Föderation bereits im Juni 2014 verhängt hatte, um ein weiteres Jahr bis zum 23. Juni 2026 zu verlängern. Die restriktiven Maßnahmen umfassen Verbote, die sich gegen die Einfuhr von Waren mit Ursprung in den rechtswidrig annektierten Gebieten der Krim und der Stadt Sewastopol in die Union sowie gegen Infrastruktur- oder Finanzinvestitionen und Tourismusdienstleistungen in den rechtswidrig annektierten Gebieten der Krim und der Stadt Sewastopol richten. Außerdem unterliegt die Ausfuhr bestimmter Güter und Technologien in den Bereichen Verkehr, Telekommunikation und Energie oder im Zusammenhang mit der Prospektion, Exploration und Förderung von Öl-,

Gas- und Mineralressourcen den restriktiven Maßnahmen der EU, wenn diese für Unternehmen mit Sitz auf der Krim oder zur Nutzung im rechtswidrig annektierten Gebiet der Krim bestimmt sind. Die EU erkennt die rechtswidrige Annexion der Krim und Sewastopols durch die Russische Föderation nicht an und verurteilt sie weiterhin als Verstoß gegen das Völkerrecht.

[Rechtswidrige Annexion der Krim und der Stadt Sewastopol durch Russland: EU verlängert restriktive Maßnahmen bis zum 23. Juni 2026 - Consilium](#)

Russland-Sanktionen: FAQ-Update

Die EU-Kommission hat am 18. Juni ein Update ihrer Frequently Asked Questions-Liste zur Anwendung der Russland-Sanktionen veröffentlicht

[Consolidated version of the FAQs on sanctions against Russia and Belarus](#)

4. Russland

Putin will westliche IT-Unternehmen „erdrosseln“

Kreml-Chef Wladimir Putin hat in Russland verbliebenen westlichen Firmen gedroht, die Moskaus Interessen schadeten. „Wir müssen sie erdrosseln“, sagte Putin Ende Mai bei einem Treffen mit Unternehmern als Antwort auf den Aufruf eines Geschäftsmanns, die Aktivitäten der US-Technologiefirmen Zoom und Microsoft „leicht“ einzuschränken, die derzeit nur begrenzte Dienste in Russland anbieten.

„Wir haben niemanden ausgewiesen (...), wir haben die günstigsten Bedingungen geschaffen, damit sie auf unserem Markt arbeiten können, und sie versuchen, uns zu erdrosseln“, sagte der russische Präsident. „Wir müssen in gleicher Weise reagieren, ihre Handlungen spiegeln.“ Der Teilnehmer des Treffens behauptete unter Berufung auf anonyme Analysten, dass die russische IT-Industrie aufgrund der anhaltenden Abhängigkeit von ausländischen Dienstleistungen aktuell Umsätze in Milliardenhöhe verliere. Die Branche leide darunter, dass Russen weiter vielfach auf Zoom oder Microsoft setzten.

Putin ging noch einen Schritt weiter und forderte bei der Sitzung, diejenigen zu identifizieren, die noch immer westliche Software nutzen. „Geben Sie uns alle, die diese schlechten Angewohnheiten nicht loswerden können. Ich mache keine Witze, im Ernst“, sagte der Kremlchef, wie unter anderem der das ukrainische Onlinemedium „Kyiv Independent“ berichtete. Virtuelle ausländische Handelsplattformen kritisierte Putin zudem als „Loch“, über die alles Mögliche nach Russland eingeführt werde.

[„Ich mache keine Witze“: Putin droht in Russland verbliebenen westlichen Firmen](#)

Russische Wirtschaft kühlt sich ab

Die russische Regierung streicht derzeit verschiedenste Investitionsprogramme zusammen, berichtet die Frankfurter Rundschau. Dies betreffe eine Bandbreite von Sektoren, von der Luftfahrt über die Schiffsproduktion bis hin zur Herstellung von Industrierobotern. Die FR beruft sich auf einen -Bericht der russischen Wirtschaftszeitung Kommersant vom 22. Mai. Als Grund dafür gab das Medium die drastisch gefallenen Öl- und Gaspreise an.

Öl- und Gasexporte sind die wichtigsten Einkommensquellen für Russland. Sobald die Gewinne aus ihrem Verkauf zurückgehen, steht die gesamte Staatsplanung auf dem Spiel. Bei der Jahresplanung ging der Kreml noch von wesentlich höheren Einnahmen von rund 70 US-Dollar pro Barrel Öl aus – zwischenzeitlich brachen die Preise aber auf unter 50 US-Dollar pro Barrel ein, wobei sich das Bild durch den israelischen Angriff auf den Iran schlagartig geändert hat. Nach einem massiven Anstieg der Ölpreise scheinen die russischen Haushaltspläne nun wieder erreichbarer, sollten die G7-Länder nicht durch weitere Sanktionen intervenieren.

Aufgrund der westlichen Sanktionen schwächeln Sektoren wie die Luftfahrt oder die Industrieproduktion. Dass jetzt auch noch die staatliche Hilfe fallen soll, könnte zu Milliardendefiziten führen. Als Beispiele führte Kommersant etwa ein Luftfahrt-Entwicklungsprogramm auf, dessen Finanzmittel um 22 Prozent auf nurmehr 78,8 Milliarden Rubel gekürzt werden (rund 868,75 Millionen Euro). Ein wichtiges Programm, das eigentlich darauf abzielte, den Output der russischen Güter bis 2030 um 40 Prozent zu verstärken, soll ebenfalls drastische Einschnitte erfahren.

Die Förderung für die „High-Tech-Industrie“ des Landes soll ebenfalls um 46 Milliarden Rubel schrumpfen (umgerechnet etwa 507 Millionen Euro). Bei der Automobilindustrie stehen Kürzungen in Höhe von 35 Milliarden Rubel an (385,8 Millionen Euro). Der Transportsektor sollte eine Förderung zur „Produktion von innovativem Transport“ erhalten, diese kommt nun auch um 25 Milliarden Rubel (275 Millionen Euro) schwächer daher.

Am 16. Mai hatte die russische Statistikbehörde Rosstat mitgeteilt, dass das Land eine erhebliche Delle im Wirtschaftswachstum einsteckt. Verschiedene Faktoren schwächen Russlands Wirtschaft; darunter die Ölpreise, westliche Sanktionen und Inflation.

Um die Kriegswirtschaft zu stärken, soll die russische Regierung ein Umfeld im russischen Bankensektor geschaffen haben, das die Kreditvergabe der Banken an diejenigen Unternehmen, die mit dem Verteidigungssektor verbandelt sind, fördert und incentiviert. Teils war das mit Kreditbedingungen passiert, die der Markt nicht wirklich hergibt, hatte der Ökonom und Harvard-Forscher Craig Kennedy dazu mitgeteilt. Jetzt sei ein „Grundstock an toxischen Krediten“ gewachsen.

Im April schrumpften die Gewinne aus Russlands Öl-Exporten um sechs Prozent, verglichen mit dem März. Gleichzeitig wuchs die Exportmenge „geringfügig“ um ein Prozent. Das teilte das Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) mit.

[West-Sanktionen zeigen Wirkung - Russland streicht Investitionen drastisch](#)

Parallelimporte sinken moderat

Im 1. Quartal 2025 wurden laut einem Bericht von Interfax Waren im Wert von 6,8 Milliarden Dollar über den Parallelimport nach Russland gebracht. Dies erklärte Vize-Handelsminister Roman Tschekuschow. Bei diesen, auch Grauimporte genannten Gütern sei eine anhaltend sinkende Tendenz auszumachen. Im März summierten sich die Einfuhren auf zwei Milliarden Dollar, nach 2,5 Milliarden Dollar im Februar und 2,3 Milliarden Dollar im Januar.

Nach Angaben des Ministeriums für Industrie und Handel der Russischen Föderation belief sich das Volumen der Paralleleinfuhren bis Ende 2024 auf durchschnittlich etwa drei Milliarden Dollar pro Monat.

Die stärksten Rückgänge verzeichneten zuletzt Elektronik und Industrieausrüstungen wie Motoren, Turbinen und Pumpen. Tschekuschow erklärt das mit einer Sättigung des

russischen Marktes mit Waren aus lokaler Produktion und aus sogenannten freundlichen Ländern, die keine Sanktionen gegen Moskau verhängt haben.

Das Industrie- und Handelsministerium will den parallelen Import weiter beschränken, sobald die durch den Rückzug westlicher Marken entstandenen Marktlücken durch heimische Hersteller oder Lieferanten aus „befreundeten“ Ländern besetzt sind. Als Grauiporte werden Warenlieferungen mit Umweg über Gesellschaften in Drittländern bezeichnet, bei denen die ursprünglichen Hersteller nicht beteiligt sind und für die diese folglich keine Gewährleistungen übernehmen. Dabei handelt es sich nicht per se um sanktionierte Güter.

[Объем параллельного импорта в РФ в I квартале составил \\$6,8 млрд](#)

Sanktionsumgehung: Russland bezieht weiter Flugzeugteile über Drittländer

Russland hat trotz der von der EU und den USA wegen der Invasion der Ukraine verhängten Sanktionen weiterhin Flugzeugteile von Boeing und Airbus importiert, berichtete laut Ostinsider Daily der finnische öffentlich-rechtliche Sender „Yle“, der russische Zoll Daten analysiert hat.

Die Untersuchung von „Yle“ ergab demnach, dass Russland seit 2022 Flugzeugteile im Wert von umgerechnet mindestens 1 Milliarden Euro importiert hat, trotz ehrgeiziger Pläne für eine heimische Flugzeugteileindustrie. Der Bericht zeigt, dass Russland ein umfangreiches internationales Netzwerk von 360 Unternehmen aufgebaut hat, um die westlichen Sanktionen zu umgehen, die den Verkauf von Airbus- und Boeing-Teilen an Russland verbieten. Viele dieser Unternehmen wurden auf die Sanktionslisten des Westens gesetzt, nachdem ihre Verbindungen zu Russland bekannt wurden. Die größten Exporteure von Flugzeugteilen waren Unternehmen mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten, Gabun, China und der Türkei.

[OID+: Trotz Sanktionen Flugzeugteile für 1 Mrd Euro importiert - ExportManager Online +](#)

Jetzt auch Einreiseverbote für Kasachen

Laut einer Recherche von Radio Azattyq, dem kasachischen Dienst von Radio Free Europe, wurde in den vergangenen Jahren rund 70 kasachischen Forschenden die Einreise auf russisches Territorium verweigert. Viele von ihnen hätten sich auf die sowjetische Geschichte spezialisiert, insbesondere auf die stalinistische Repression in Kasachstan, heißt es in dem Artikel. Auch kasachische Abgeordnete sollen auf der „schwarzen Liste“ stehen, berichtet der russischsprachige Dienst der Deutschen Welle.

Das Profil der Betroffenen zeigt, dass ihre Positionen zu bestimmten Themen in Russland als politisch heikel wahrgenommen werden. Die heroische Interpretation der sowjetischen Vergangenheit stellen sie offen in Frage.

Laut Deutsche Welle gibt es auch auf der kasachischen Seite eine spezielle Liste von Personen, denen die Einreise verweigert wird. Namhaftester Vertreter auf der Liste war der 2022 verstorbene Rechtspopulist Wladimir Schirinowski. Weitere bekannte Persönlichkeiten sind die Fernsehmoderatorin Tina Kandelaki, der Schauspieler Tigran Keossejan, der neofaschistische Philosoph Alexander Dugin und der Politologe Nikita Mendkovitsch.

[Russland und Kasachstan: eine Welle von Einreiseverboten](#)

Samsung verzichtet auf russische Display-Metalle

Samsung Display hat offenbar im Jahr 2024 seine Beziehungen zu russischen Lieferanten von Gold, Wolfram und Tantal für die Displays seiner elektronischen Geräte gekappt, dies berichtet laut MärkteWeltweitMedien die Wirtschaftszeitung „Kommersant“ unter Berufung auf neu veröffentlichte Unternehmensangaben.

Der Schritt der südkoreanischen Marke, die Bildschirme für Smartphones, Fernsehgeräte und Laptops herstellt, spiegelt die wachsende globale Vorsicht der Technologieunternehmen hinsichtlich des Risikos von Sekundärsanktionen infolge des anhaltenden Krieges in der Ukraine wider. Zu den früheren Lieferanten von Samsung Display gehörten einige der größten Metallverarbeiter Russlands, darunter die Novosibirsk Raffinerie, UralElectroMed, Krastsvetmet und das Prioksky Non-Ferrous Metals Plant. Diese Firmen belieferten das Unternehmen mit Gold, das in Mikrochip-Bonddrähten verwendet wird. Tantal und Wolfram, die für Chipbarrieren und die interne Verdrahtung unerlässlich sind, wurden vom Solikamsker Magnesiumwerk, von Hydrometallurg und anderen geliefert.

Apple, das zu den ersten Tech-Giganten gehörte, die nach der Invasion in der Ukraine im Jahr 2022 den Kauf russischer Rohstoffe einstellten, verlässt sich bei den fortschrittlichen OLED-Displays, die in seinen iPhones zum Einsatz kommen, weitgehend auf Samsung und LG. Im Mai begannen die beiden südkoreanischen Unternehmen mit der Massenproduktion von Displays für das iPhone 16 Pro, wie der US-Tech-Nachrichtendienst „MacRumors“ berichtet.

Verbot des British Council

Russland geht gegen das Kulturinstitut British Council vor, dies berichtet der Spiegel. Dem international tätigen Bildungs- und Kulturinstitut wird Geheimdiensttätigkeit vorgeworfen, Russland hat es zur unerwünschten Organisation erklärt. Die Einstufung kommt einem Verbot gleich. Bekannt ist das Institut vor allem für den Sprachtest IELTS, mit dem Englischkenntnisse ermittelt werden.

Die russische Generalstaatsanwaltschaft erklärte zur Begründung, dass das Institut unter dem Vorwand von Bildungs- und Kulturarbeit britische Interessen und Werte fördere und Projekte umsetze, um Russlands Innen- und Außenpolitik zu diskreditieren. Außerdem

unterstütze es die in Russland als extremistische Organisation eingestufte LGBTQ-Bewegung.

Vor Ort in Russland ändert sich für den British Council wohl wenig, da die Organisation bereits seit 2018 ihre Tätigkeit auf Anweisung des Außenministeriums in Moskau einstellen musste.

[British Council: Russland stuft Kulturinstitut als unerwünschte Organisation ein - DER SPIEGEL](#)

Verlängerung von Exportverboten für Öl und Schrott

Die russische Regierung hat das geltende Exportverbot für russisches Öl und Erdölprodukte im Rahmen von Verträgen, die den westlichen Ölpreisdeckel berücksichtigen, ist bis zum 31. Dezember 2025 verlängert. Erfasst sind etwa Lieferungen an die G7-Staaten, die Europäische Union und Australien. Ebenfalls verlängert wurde das Verbot für den Export von Abfällen und Schrott aus Edelmetallen. Diese Regelung gilt jetzt bis zum 30. November 2025.

[Указ Президента Российской Федерации от 10.06.2025 № 393 · Официальное опубликование правовых актов](#)

5. USA

Sanktionslistendienst der OFAC

Der Sanktionslistendienst (SLS) des amerikanischen Office of Foreign Assets Control (OFAC) bietet Nutzern einfachen Zugriff auf die aktuellsten Sanktionslisten und Sanktionslistendaten, die sofort heruntergeladen werden können. Nutzer können wählen, ob sie die Liste sanktionierter Personen (Specially Designated Nationals, SDN) oder die konsolidierte Liste (Nicht-SDNs) herunterladen möchten.

Der SLS der OFAC enthält außerdem eine neue Funktion: das Tool „Customize Sanctions Dataset“ (Sanktionsdatensatz anpassen), mit dem Benutzer benutzerdefinierte Datensätze auf der Grundlage ihrer Auswahl bestimmter Sanktionslisten und/oder Sanktionsprogramme erstellen können.

Darüber hinaus umfasst der SLS nun auch die Anwendung „Sanctions List Search“ (Suche in Sanktionslisten) der OFAC. Diese Anwendung soll die Verwendung der Liste der Specially Designated Nationals and Blocked Persons („SDN-Liste“) und anderer von der OFAC verwalteter Nicht-SDN-Listen erleichtern.

[Sanctions List Service | Office of Foreign Assets Control](#)

6. Sanktionen weiterer Länder

Australien

Erste Sanktionen gegen Schattenflotte

Australien hat erstmals Sanktionen gegen Schiffe der sogenannten russischen Schattenflotte verhängt. »Russland nutzt diese Schiffe, um internationale Sanktionen zu umgehen und seinen illegalen und unmoralischen Krieg gegen die Ukraine fortzusetzen«, teilte das australische Außenministerium mit. Die Sanktionen richten sich gegen 60 verdächtige Schiffe und treten mit sofortiger Wirkung in Kraft.

Die betroffenen Öltanker operieren laut Außenministerium mit »irreführenden Methoden«, etwa dem häufigen Wechseln der Flaggen, dem Abschalten von Ortungssystemen sowie mangelhaftem Versicherungsschutz. Die »Schattenflotte« ermögliche Moskau den illegalen Handel mit russischem Öl und anderen sanktionierten Gütern, hieß es weiter.

Seit Beginn der russischen Invasion in die Ukraine im Februar 2022 hat Australien mehr als 1400 Sanktionen gegen russische Einzelpersonen, Organisationen und Unternehmen verhängt.

[Australia imposes sanctions on Russian shadow fleet vessels | Australian Minister for Foreign Affairs](#)

[Australien verhängt erstmals Sanktionen gegen Russlands Schattenflotte - DER SPIEGEL](#)

Großbritannien

Sanktionen weiter ergänzt

Großbritannien hat am 17. Juni zehn weitere Personen und Unternehmen sanktioniert sowie 20 Schiffe, die mit Russland in Verbindung gebracht werden, neu gelistet. Zu den Neuzugängen zählen etwa die Brüder Karasjow, die Führungspositionen beim ebenfalls sanktionierten Geldinstitut Metallurg bekleiden. Der polnische Staatsbürger Olech Tkacz und der Ukrainer Wladimir Pristoupa, der auch die britische Staatsbürgerschaft beiztzt, wurden sanktioniert, weil ihre Unternehmen an dem Verkauf von Elektronik nach Russland beteiligt sein sollen. Sanktioniert wurde außerdem die Abteilung für Tiefseeforschung des russischen Verteidigungsministeriums, zudem Rosneft Marine UK Ltd., eine Tochtergesellschaft des staatlichen Öl- und Gaskonzerns Rosneft, die Firma Atlas, die Orion Star Group und das Unternehmen Valegro mit Sitz in den Vereinigten Arabischen Emiraten, welches Dienstleistungen im Bereich Seefracht anbietet

[Notice Russia 170625.pdf](#)

Japan

Rückkehr von Mazda, Subaru und Honda auf den russischen Markt

Laut einem Bericht des russischen Kommersant investiert der japanische Autobauer Mazda wieder in den russischen Markt: Für Neuwagen des japanischen Autobauers gibt es demnach in Russland wieder eine Herstellergarantie. Mazda Motor Rus habe ein Partner-Programm zur kostenfreien Beseitigung von Mängeln aufgelegt, das innerhalb von drei Jahren ab Zulassung oder bis zu einer Laufleistung von 100.000 Kilometern gelten soll. Anfang Mai hat Mazda laut der Meldung speziell für Russland eine neue Marke für Ersatzteile und Komponenten etabliert. Über diese werden den Originalprodukten entsprechende Warenlieferungen organisiert. Weitere japanische Autohersteller wie Subaru und Honda hätten ebenfalls Autoteilemarken für den russischen Markt geschaffen.

[Mazda возобновила продажи автомобилей в России – Коммерсантъ](#)

Kanada

Kanada baut Russland-Sanktionen stark aus

Kanada hat am 17. Juni umfassende neue Russland-Sanktionen eingeführt. Außenministerin Anita Anand gab bekannt, dass Kanada zusätzliche Sanktionen gegen 77 Personen und 39 Organisationen verhängt. Kanada führt außerdem Sanktionen gegen den Handel mit fast 1.000 neuen Gütern mit Russland ein, nimmt 201 weitere Schiffe in die Sanktionsliste auf und verhängt neue Verbote für gelistete Schiffe, um die Aktivitäten von Schiffen, die Teil der russischen Schattenflotte sind, weiter einzuschränken.

Es handelt sich laut dem kanadischen Außenministerium um das bislang umfangreichste Paket von Sanktionen im Bereich Schiffe und Handel. Kanada kündigt diese Sanktionen im Anschluss an den G7-Gipfel in Kananaskis, Alberta, an, auf dem die Staats- und Regierungschefs zusammenkamen.

Die neuen Ausfuhrbeschränkungen umfassen Güter für die Herstellung chemischer und biologischer Waffen sowie Industriegüter und fortschrittliche sensible Technologien mit doppeltem Verwendungszweck. Neue Einfuhrbeschränkungen gelten für Kohle, Metalle und eine Vielzahl anderer Güter, mit denen Russland Einnahmen aus dem Export ins Ausland erzielt.

Die Sanktionen im Schiffsbereich werden verschärft, um die Erbringung von Dienstleistungen im Zusammenhang mit bereits gelisteten Schiffen zu verbieten, und Kanada listet weitere 201 Schiffe, sodass Kanada nun über 300 mit Russland verbundene Schiffe sanktioniert, die am Transport von Öl, Flüssigerdgas, Waffen und anderen Gütern zugunsten Russlands beteiligt sind.

Zusätzlich zu den Export- und Schiffsbeschränkungen verhängt Kanada Sanktionen gegen drei Finanzinstitute, die den Kreml direkt bei der Verbringung von Geldern nach und aus Russland zur Finanzierung von Waffen und anderem Kriegsmaterial unterstützen, verschärft die Sanktionen gegen Surgutneftegas, ein großes russisches Öl- und Gasunternehmen, und verhängt Sanktionen gegen 15 weitere Personen und Organisationen, die die Aktivitäten der russischen Schattenflotte ermöglichen.

Kanada verhängt außerdem Sanktionen gegen drei Personen und 14 Organisationen, die an der Entwicklung des Quantensektors in Russland beteiligt sind, einer sensiblen Technologie, die verschiedene militärische Anwendungen haben kann und vom Kreml zur Stärkung seines Militärs genutzt werden könnte. Diese Maßnahmen sollen die Möglichkeiten dieser Technologie innerhalb des russischen militärisch-industriellen Komplexes und ihre Anwendung bei künftigen Aggressionen einschränken.

Kanada verhängt außerdem Sanktionen gegen 29 Personen und 6 Organisationen, die von dem Krieg profitiert haben, darunter einige der reichsten russischen Industriellen, hochrangige Regierungsbeamte und Personen, die an der Beschlagnahmung und Umverteilung von Eigentum und Vermögenswerten ausländischer Unternehmen in Russland beteiligt waren.

Die Liste der sanktionierten Personen umfasst auch 45 Personen, die von einer Anti-Korruptions-Stiftung identifiziert wurden. Darunter befinden sich Akteure aus dem staatlichen und privaten Sektor, die den militärisch-industriellen Komplex Russlands und dessen Desinformationsbemühungen direkt und indirekt unterstützen, um dessen illegale Aggression gegen die Ukraine zu ermöglichen.

Seit 2014 hat Kanada Sanktionen gegen mehr als 3.300 Personen und Organisationen verhängt, die sich an der Verletzung der Souveränität und territorialen Integrität der Ukraine sowie an schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen mitschuldig gemacht haben. Darüber hinaus hat Kanada Maßnahmen gegen die Schattenflotte Russlands ergriffen und Sanktionen gegen mehr als 300 Schiffe verhängt, die an der Beförderung von Eigentum und Gütern zugunsten Russlands oder von Personen in Russland beteiligt sind.

[Minister Anand announces major additional sanctions in relation to Russia's war of aggression against Ukraine - Canada.ca](#)

Schweiz

Übernahme von EU-Sanktionen

Die Schweiz übernimmt Listungen, die die EU im Rahmen ihres 17. Sanktionspakets gegen Russland beschlossen hatte. Die Änderungen traten am 3. Juni 2025 in Kraft. Neu wurden demnach 17 natürliche Personen sowie 58 Unternehmen und Organisationen der Vermögenssperre und dem Bereitstellungsverbot unterstellt. Die natürlichen Personen unterliegen zudem einem Ein- und Durchreiseverbot in und durch die Schweiz. Bei den neu sanktionierten Personen und Organisationen handelt es sich insbesondere um Unterstützende des russischen Militärkomplexes.

Zudem wurden 189 neue Schiffe aus Drittstaaten umfassenden Kauf-, Verkaufs- und Dienstleistungsverböten unterstellt. Dabei handelt es sich vor allem um Tanker, die Teil von Russlands Schattenflotte sind und beispielsweise die Preisobergrenzen für russisches Rohöl oder russische Erdölprodukte (oil price cap) umgehen oder militärische Güter für Russland transportieren.

Im Handelsbereich wurden zudem 31 neue Entitäten, darunter in Drittstaaten, strengeren Exportkontrollmassnahmen unterstellt. Schließlich wurde die Liste der Güter zur militärischen und technologischen Stärkung analog der EU ausgeweitet.

[wbf.admin.ch/de/newsb/TErTpaTTMjfw7UOoaPiD](https://www.wbf.admin.ch/de/newsb/TErTpaTTMjfw7UOoaPiD)

7. Blick über den Tellerrand

Aufhebung von Syrien-Sanktionen

Im Anschluss an den politischen Beschluss vom 20. Mai hat der Europäische Rat am 28. Mai die Rechtsakte zur Aufhebung der Wirtschaftssanktionen gegen Syrien angenommen, dies berichtet Business Europe. Darüber hinaus hat der Rat 24 Einrichtungen, darunter Banken und Unternehmen, die in Schlüsselbereichen (Ölförderung und -raffination, Baumwolle, Telekommunikation, Medien) tätig sind, von der Sanktionsliste gestrichen.

Alle Maßnahmen wurden im [Amtsblatt der EU](#) veröffentlicht.

Die USA haben Anfang Mai ebenfalls die Aufhebung ihrer Wirtschaftssanktionen gegen Syrien angekündigt.

8. Termine

1. Juli 2025 Verbändetreffen mit dem EU-Sanktionsbeauftragten O`Sullivan

Am Dienstag, den 1. Juli, hält sich der EU-Sondergesandte für Sanktionen David O'Sullivan in Berlin auf. Aus diesem Anlass haben der Ost-Ausschuss und das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Wirtschaftsverbände zu einem Gespräch über aktuelle Sanktionsfragen mit O`Sullivan in die Ost-Ausschuss-Geschäftsstelle eingeladen. Sollten Sie noch Hinweise zu dem Treffen haben oder an einer Teilnahme als Verbandsvertreter interessiert sein, melden Sie sich bitte beim Ost-Ausschuss: A.Metz@oa-ev.de

11. Juli 2025 Abstimmungsrunde zu Russland-Sanktionen im Medizintechnik/Pharma-Bereich

Am Freitag, den 11. Juli, findet im Bundeswirtschaftsministerium (BMWE) ein Abstimmungsgespräch zu Problemen mit den Russland-Sanktionen im Medizintechnik/Pharma-Bereich statt, das der Ost-Ausschuss und Spectaris in Kooperation mit dem BMWE organisieren. Unternehmen melden sich bei Interesse an einer Teilnahme bitte beim Ost-Ausschuss: A.Metz@oa-ev.de

9. Tipps & Links

Wie lassen sich Unterwasserkabel und anderes strategisch wichtiges Material in Ost- und Nordsee gegen **Sabotage** absichern? In einer langen Reportage beschäftigt sich der Spiegel mit dieser Frage und analysiert den „hybriden Krieg“, den Russland in diesen Gebieten führt (Spiegel+):

[Nord- und Ostsee: Der hybride Krieg - Sabotagefahr an kritischer Infrastruktur - DER SPIEGEL](#)

Die ukrainische Aktivistin Olexandra Matwijtschuk vom **Center for Civil Liberties** dokumentierte inzwischen 88.000 mutmaßliche **russische Kriegsverbrechen** für ein mögliches Gerichtsverfahren gegen die russische Führung. Die Organisation war 2022 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. Im Tagesspiegel-Interview (Paywall) spricht die Aktivistin über die aktuelle Lage und die Chancen für ein Verfahren:

[Ukrainische Friedensnobelpreisträgerin Matwijtschuk: „Putin lacht nur noch über Trump“](#)

Seit **25 Jahren** herrscht **Wladimir Putin** als Präsident über Russland, abgesehen von einer vierjährigen Übergangsperiode als Ministerpräsident. In diesem Beitrag zieht die FAZ eine Bilanz des Ex-KGB-Agenten an der Spitze des größten Landes der Erde (Paywall):

[25 Jahre Putin-Herrschaft: Der KGB-Mann an der Spitze Russlands](#)

Dünger gehört zu den erfolgreichsten Exportartikeln Russlands. Auch europäische Landwirte kaufen ihn in hohen Mengen ein. Warum das so ist und die EU mit Sanktionen zögert, untersucht dieser Beitrag der Deutschen Welle:

[Warum kauft die EU immer noch russischen Dünger? – DW – 09.06.2025](#)

Wie entwickelt sich die russische Wirtschaft? In dieser Analyse kommt ein Team von Handelsblatt und Tagesspiegel zu dem Schluss, dass es konjunkturellen Bremsspuren in Russland gibt und die subventionierte Kriegswirtschaft nicht mehr länger zu großen Wachstumsschüben führt, der zivile Teil der Wirtschaft leidet, dass aber gleichzeitig weiterhin nicht absehbar ist, dass die Sanktionen die russische Politik entscheidend beeinflussen. Im Zweifel würde sich Russlands Präsident Putin weiterhin für Kanonen statt Butter entscheiden (Paywall):

[Der Boom ist vorbei: Wie es wirklich um Russlands Wirtschaft steht](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMWK-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMWK - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema:

[BMWK - Sanktionsdurchsetzung & Sanktionsstrafrecht](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zolltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zolltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter nummerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:

Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

Dokumente zum 16. Sanktionspaket:

Hauptdokument:

[L_202500394DE.000101.fmx.xml](#)

Neue Listungen:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/389 des Rates vom 24. Februar 2025 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

Dokumente zum 17. Sanktionspaket:

[Decision - CFSP - 2025/931 - EN - EUR-Lex](#)
[Decision - CFSP - 2025/936 - EN - EUR-Lex](#)
[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

Weitere Dokumente:

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

[Questions and answers on the sixteenth package of restrictive measures against Russia - European Commission](#)

[Sixteenth package of restrictive measures against Russia](#)

EU-FAQ: zu Sanktionen:

[Consolidated version of the FAQs on sanctions against Russia and Belarus](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:

[List of common high priority items - European Commission](#)

Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:

[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Russland - Ukraine - AGA-Portal \(agaportal.de\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor: [Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Belarus

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:

[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Der **Sanktionstracker von Correctiv.org** aktualisiert tagesaktuell, welche individuellen Sanktionen gegen wen verhängt werden und beantworten die wichtigsten Fragen zum Thema.

[Sanktionstracker – Alle Sanktionen gegen Russland im Live-Überblick \(correctiv.org\)](#)

Die **Atlantic Council Database** beobachtet die aktuelle Entwicklung der Russland-Sanktionen in verschiedenen Ländern und stellt diese anschaulich gegenüber. Über 13.000 Einzelsanktionen gegen Russland sind hier verzeichnet und recherchierbar:

[Russia Sanctions Database - Atlantic Council](#)

Spendenaufwurf der AHK/DIHK und des Ost-Ausschusses für die Ukraine

Gemeinsam mit einem großen Netzwerk ukrainischer Partner, mit welchem das Deutsch-Ukrainische Forum seit Jahren Hilfspakete an Bedürftige in der ganzen Ukraine verteilt, können wir helfen. Wir bitten Sie dazu um Spenden auf das Ukraine-Spendenkonto der Johanniter:

Spendenkonto:

Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

BIC: BFSWDE33XXX

IBAN: DE94 3702 0500 0433 0433 00

Bank für Sozialwirtschaft

Stichwort: SupportUkraine

[Website zum Spendenaufwurf der Johanniter: Link](#)

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Haftungsausschluss:

Die Update-Inhalte werden mit größter Sorgfalt erstellt und stammen aus seriösen und öffentlich zugänglichen Quellen.

Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte sowie für die im Update enthaltenen Links zu den externen Webseiten Dritter können wir jedoch keine Gewähr übernehmen. Das Update ist für interne Zwecke der Abonnenten und die Mitglieder des Ost-Ausschusses bestimmt. Eine Weiterleitung sollte nur nach Rücksprache mit uns erfolgen und geschieht in Eigenverantwortung.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs

A.Metz@oa-ev.de

T. +49 (0)30 206167-120

Breite Straße 29

10178 Berlin

www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

